Das Abonnement beträgt:
1½ Rt. für ¼ Jahr in Berlin,
1⅞ „ „ „ „ incl. Post-
zuschlag in allen Theilen der Monarchie.
Einzelne Nummern werden mit
2½ Sgr. berechnet.
Dies Blatt erscheint täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!

Alle Postanstalten nehmen Bestellung
auf dieses Blatt an, für Berlin die
Expedition der Neuen Preußischen
Zeitung:
Deßauer-Straße № 5.
Insertions-Gebühr für den Raum einer
viergespaltenen Petitzeile 2 Sgr.

Nr. 83. Berlin, Freitag, den 12. April. **1850.**

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

Dem Kommerz- und Admiralitäts-Rath Höne in Danzig den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; so wie dem Rittmeister im Kaiserlich österreichischen 7ten Chevauxlegers-Regiment, Großfürst Alexander von Rußland, Grafen zu Solms-Sonnewalde, den St. Johanniter-Orden zu verleihen;

Dem Oberst-Lieutenant von Steinmetz, Commandeur des 32. Infanterie-Regiments, so wie dem Rittmeister von Carlowitz des 7. Kürassier-Regiments, die Erlaubniß zur Anlegung des beziehungsweise von den Herzogen von Anhalt-Deßau und Anhalt-Bernburg Hoheiten ihnen verliehenen Commandeur- resp. Ritter-Kreuzes vom Herzoglich Anhaltschen Gesammt-Hausorden Albrecht's des Bären zu ertheilen.

Berlin, den 9. April.

Se. Hoheit der Erbprinz von Sachsen-Meiningen ist von Meiningen hier angekommen und im Königlichen Schlosse abgestiegen.

Königliche General-Lotterie-Direction.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 3ten Klasse 101ster Königlichen Klassen-Lotterie fiel 1 Gewinn von 3000 Thlr. auf Nr. 15,945; 2 Gewinne zu 1000 Thlr. fielen auf Nr. 2388 und 68,003; 1 Gewinn von 400 Thlr. fiel auf Nr. 33,330; 3 Gewinne zu 200 Thlr. fielen auf Nr. 25,761. 62,850 und 63,814; und 7 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 22,475. 22,967. 26,277. 35,088. 49,789. 53,244 und 55,665.

Berlin, den 10. April 1850.

Abgereist: Se. Durchlaucht der Prinz Friedrich zu Schleswig-Holstein-Noer, nach Gräfenberg.

Es ist ein seltsames Schauspiel,

wenn man jetzt aus den Wolken des Verwaltungs-Raths eine „Eröffnung“ nach der andern auf die Häupter der trostlosen Gothaer niederträufeln sieht, und billig fragt man mit diesen „Edlen“: warum so spät? Beinah eingelaufen in den Hafen „en bloc“ und siehe, da erscheint die große Seeschlange, und Alles rennet, rettet, flüchtet vor den der „deutschen Union drohenden Gefahren“. Doch sind diese Gefahren wirklich so neu, oder war man nur zu kurzsichtig, dieselben früher zu bemerken? Wir haben bis jetzt Nichts vernommen, was uns überraschte, und Alles, was wir gehört, ist so handgreiflich, daß selbst ein Staatskind es nur absichtlich zu übersehen vermöchte. Der Grund der unirten Verschleierung dürfte deshalb tiefer liegen, und wir glauben uns nicht zu irren, wenn wir uns der Hoffnung hingeben, daß die Preußische Politik jetzt auch in der deutschen Frage, — freilich wider den Willen ihres Geschäftsführers — November machen will. Der Präsident des Verwaltungs-Raths hat sich ja bis dahin vor der unirten Demokratie gefürchtet, vielleicht, daß er sich auch noch fürchten lernte vor einem rauhen Winde, der erbarmungslos die jungen Knospen der Frankfurter Saat vernichtet und einen Brand anzufachen droht, gefährlicher, als welchen die sympathetischen Blasebälge in der Augustiner-Kirche zu erregen vermögen. Es ist einmal das leidige Schicksal derer, welche mit dem Strome schwimmen, daß sie auch von dem Winde nicht unabhängig sind, und es ist unmöglich, daß Preußen in der deutschen Sache gewisse Schritte thue, so lange sich der Vater der Angst-Politik an der Spitze der Bewegung behauptet. Wie mag man verlangen, daß die Demokratie an die Aufrichtigkeit derartiger Bestrebungen glaubt, und welches wird die „Errungenschaft“ sein, welche wir von dem großen Tage zu Erfurt heimbringen? Schwer ist es, mit einem Schiffe einen Felsen hinaufzufahren, schwerer, eine solche Politik ohne eine moralische Niederlage abzuschließen; doch das Schwerste, den Irrthum seines Weges zu bekennen und zu bessern.

Deutschland.

□ **Berlin,** 11. April. Die ministerielle Deutsche Reform spricht sich scharf gegen die Blätter der Partei Gotha aus, weil diese seit den Erklärungen der Commissarien in Erfurt „kein Maaß kennen in den schmachvollsten Angriffen gegen die preußische Politik und gegen deren Vertreter.“ Sie bezieht sich dabei auf Zeitungs-Artikel, von denen wir theilweise auch Notiz gegeben haben. Die D. R. sagt, es fiele ihr nicht ein, „die Regierung gegen diese wahrhaft bubenhafte Polemik in Schutz zu nehmen.“ Wenn hierdurch das Wirken der Gothaer mit den Regierungen bethätigt werden sollte, so hätte Preußen an diesem Vorschmack des Vertrauens genug und es würde schwerlich der Mühe verlohnen, auf Grund solches Vertrauens weiter zu verhandeln. Nachdem dann die D. R. noch von „politischer Tollwuth“ jener Gotha-Blätter gesprochen, sagt sie, die Politik der preußischen Regierung wäre niemals eine Politik der einsichtslosen Schwärmerei gewesen, und fährt fort: „Die Discussion der nächsten Tage wird um so mehr zeigen, daß Preußen den Bundesstaat aufrichtig will, als sie den Beweis liefern wird, daß die preußische Regierung allein denselben auf dem Boden der Thatsache fest zu begründen bemüht ist, statt ihn in dem Bereiche nebelhafter Traumgebilde ohne nachhaltiges Resultat verschwimmen zu lassen.“

Man weiß hier nicht recht, ob die D. R. meint, „die preuß. Regierung allein halte den Boden der Thatsache fest,“ im Gegensatz gegen die andern Regierungen, oder ob es heißen soll, die preuß. Regierung wußte, daß ohne dies Festhalten der Thatsache in der deutschen Frage alles blos „Traumgebilde“ wären. Die Regierung wird das besser wissen, als die D. R. hier geschrieben hat. Der Schluß des Artikels, dem wir hier so ausführlich Raum gegeben haben, um unsre Leser über den Stand der Verbindung zwischen Berlin und Gotha au fait zu halten, lautet: „Die Gothaer werden ihr (aus dem Zusammenhange ist zu ergänzen „der preußischen Politik“, die sich also auf dem Wege der praktischen Politik befindet) auf dem Wege der besonnenen, praktischen Politik folgen, wenn ihnen an dem Zustandekommen eines engen Bundes etwas liegt, welcher zwar vorläufig nur dem dringendsten Bedürfnisse der kleineren Staaten abhelfen mag, welcher aber vielleicht nichtsdestoweniger eine Zukunft bürgt, in welcher die weiter gehenden Ideale einer allmäligen Verwirklichung entgegen reifen können.“

Die jüngsten Enthüllungen über das Treiben der revolutionären Arbeitervereine in der Schweiz kommen unserer Demokratie sichtlich sehr ungelegen. Sie hatte sich bereits in solche Sicherheit mit ihren Plänen eingewiegt, daß sie schon darüber zu spotten begann, wenn man ihr den wahnsinnigen Gedanken an einen neuen meuterischen Losbruch zumuthete. Der 6. April und „Magdeburg“ und „Breslau“ haben dem demokratischen Witze viel Stoff hergeben müssen. Und nun sehen wir es in der Schweiz aktenmäßig constatirt, daß — wie wir nie bezweifelt — mit allem Eifer an einem neuen Complott der verbündeten demokratischen Elemente Deutschlands, der Schweiz und Frankreichs gearbeitet wurde, um demnächst den revolutionairen Brand wieder zum Ausbruch zu bringen. Und die „unschuldigen deutschen Flüchtlinge, die unschuldige deutsche Revolutionspartei“ waren mit im Complott! Freilich die Nationalzeitung konnte nichts davon wissen, sie ist so harmlos, daß sie selbst die aktenmäßigen Feststellungen, welche über das meuterische Treiben der schweizerischen Arbeitervereine gemacht wurden, für völlig nichtssagend erklärt und gleichsam nur Spaßes halber, „weil die Reaction nun doch einmal viel Geschrei davon machen werde“, der neuen Mord- und Brandpläne Erwähnung thut. Die „Reaction“ ist glücklicherweise jetzt weniger gutmüthig. Sie sieht die Dinge für das an, was sie wirklich sind, und erkennt in den jüngsten Regungen der revolutionairen Tollheit nur eine Aufforderung mehr, wachsam zu sein und die Maßregeln energischer Strenge, welche sich bereits so gut bewährt haben, zu verdoppeln.

Die Constitutionelle Zeitung hat jetzt plötzlich die „Quelle des Haders“ entdeckt, welcher das Erfurter Einigungswerk gefährdet. Sie sagt sehr weise, jede Umgestaltung führt eine Veränderung des Alten mit sich, und jeder Fortschritt hat eine gewisse Entfernung vom Ausgangspunkte zur Folge. Aus der falschen Auffassung dieser Wahrheit entspringt die Quelle alles Haders der sich feindlich gegenüber stehenden Parteien. Oesterreich hat sich mit seiner Verfassung vom 4. März gerade so weit von der alten Bundesverfassung entfernt, als es seinen Interessen zusagte. Jetzt wo Preußen mit dem engeren Bunde dasselbe nach ihrem Interesse thun wollen, wird protestirt.

Wir begegnen heute noch einem nicht minder großartigen Scharfsinn in der hiesigen Presse. Die Constit. Corr. hat herausgebracht: daß die übrigen deutschen Staaten dem Bündniß vom 26. Mai nur beizutreten brauchen, um ihre eigenen Argumente gegen den engeren Bund aufzuheben, denn lediglich an ihnen liege es, daß der engere Bund kein weiter sei. — Das ist doch einmal wieder ein gesundes Stück Logik!

Die Constitutionelle Correspondenz findet sich veranlaßt, „dem sehr verbreiteten Gerücht, daß ein Separatfrieden zwischen Preußen und Dänemark abgeschlossen sei, bestimmt zu widersprechen. Die Conferenzen haben bis jetzt noch ungehinderten Fortgang.“

Dieselbe Correspondenz berichtet ferner: Durch Artikel 40. der Verfassungsurkunde ist bekanntlich die Errichtung neuer Lehen und Fideikommisse untersagt und die Aufhebung der bestehenden Lehen und Fideikommisse im Wege der Gesetzgebung vorbehalten; Artikel 41. nimmt jedoch hiervon die vormals reichsunmittelbaren Besitzungen aus. Dem Vernehmen nach soll nun der gegenwärtige Besitzer einer der letzteren, welche Familien-Fideikommiß ist, von diesem Ausnahmsrechte dahin Gebrauch gemacht haben, daß er seine Herrschaft der Krone zu Thronlehen aufträgt.

Die Deutsche Reform berichtet: Sicherem Vernehmen nach wird in den ersten Tagen des Juli in Kassel ein Zollvereins-Kongreß zusammentreten. Vorher schon werden Sachverständige sich zu einer Vorberathung versammeln, um die Maaßregeln in Erwägung zu ziehen, welche dem besonders in Norddeutschland sich immer mehr geltend machenden Bedürfniß nach Reformen in den Zoll- und Handelssachen abzuhelfen geeignet sind.

Die hiesige Buchhändler-Korporation hat eine nochmalige Erklärung abgegeben, worin sie die Verantwortlichkeit der Verleger, Drucker und Verbreiter für den Inhalt einer Druckschrift ohne Nachweis der Mitschuld, und die Einführung der Kautionen als vom verderblichsten Einfluß auf das Gewerbe der Buchhändler und Buchdrucker erachten.

Das Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten wird, wie wir hören, für die Folge grundsätzlich dahin zu wirken suchen, daß die Rübenzucker-Fabrikation mehr als landwirthschaftliches Uebergewerbe, denn als selbstständiger Fabrikzweig in den Städten betrieben werde. Es ist dies eine Folge der durch das Gesetz vom 11. März d. J. bestimmten Erhöhung der Steuer auf Rübenzucker von 1½ auf 3 Sgr. pro Centner.

Vorgestern wurde der Geh. Regierungsrath Scherer in das Ministerium des Innern eingeführt. Er hatte sich zuerst in der aufgelösten zweiten Kammer als geistreicher Referent rühmlichst bekannt gemacht.

Mit dem Zurücktritt des Generals v. Bonin und der übrigen preußischen Officiere aus der holsteinschen Armee verhält es sich folgendermaßen. Die Statthalterschaft suchte bei dem diesseitigen Ministerium die Verabschiedung des Generals v. Bonin aus dem preußischen Dienste nach, die jedoch abgelehnt wurde, weil sie als indirekte Umgehung des Waffenstillstandes angesehen werden könnte. In Folge dessen forderte die Statthalterschaft den General v. Bonin auf, seinen Abschied zu nehmen, da seine immerhin mögliche Abberufung preußischer Seits unter den obwaltenden Umständen den Interessen der Herzogthümer schädlich werden möchte. Der General v. Bonin hat darauf seinen Abschied gefordert, und seinem Beispiel folgten alle preußischen Officiere, welche überhaupt in preußischen Dienst zurückkehren wollen, freiwillig.

Berlin, 11. April. Das Morning Chronicle theilt Folgendes als den Inhalt der preußischen Erwiderung auf das dänische Memorandum vom 22. März mit:

Berlin, 23. März. Es ist die innige Ueberzeugung des preußischen Cabinets, daß ein Frieden, basirt auf die Interpretation, welche die dänischen Bevollmächtigten den Friedens-Präliminarien gegeben haben, in der Ausführung mißlingen, Resultate, die der Pacification geradezu entgegengesetzt sind, zu Wege bringen und nur mit Waffengewalt würde aufrecht erhalten werden können. Er würde weder in den Herzogthümern, noch in Dänemark, noch in Deutschland zur Beruhigung führen, denn während er die Herzogthümer ihres Rechts der Verbindung mit einander beraubt, würde er ihnen zugleich den Ersatz nehmen, den sie in der Selbstständigkeit finden könnten. In der That ist es schon fraglich, ob die Concessionen, welche Preußen in der vorliegenden Mittheilung macht, nicht die Erneuerung der Feindseligkeiten in den Herzogthümern herbeizuführen drohen.

Art. 1. Es ist Nichts gegen die Einheit des Heeres einzuwenden, in so fern das Ober-Commando und die Verfügung über die Truppen im Allgemeinen als Grundsatz angenommen werden. Zugleich indeß ist, ohne diesem Grundsatze zu derogiren, eine Trennung in gewissen Punkten erforderlich. Es scheint leichter, Concessionen zu Gunsten einer Trennung der dänischen von den schleswigschen Truppen zu machen, da die Hälfte der Bevölkerung Schleswigs feindliche Gesinnungen gegen Dänemark nicht hegt und daher auf die Treue der Schleswiger, falls sie für sich organisirt werden, gerechnet werden kann. Obgleich Preußen eine Trennung der Truppen für nothwendig ansieht, so ist es nichtsdestoweniger bereit, zuzugestehen:

1) daß während eines Jahres nach dem Abschlusse des Friedens, während welcher Zeit die Organisation der schleswigschen Truppen vollendet werden könnte, ein Corps von 1800 schwedischen oder dänischen Truppen den Dienst in den Herzogthümern versieht;

2) daß die Beförderung der Offiziere in den höheren Rängen allgemein, in den subalternen Rängen separirt geschehe, so daß alle Offiziere, bis zum Range des Bataillonschefs inclusive, aus den Reihen der Schleswiger zu wählen wären.

Art. 2., 3., 4. und 5. der preußischen Denkschrift und der dänischen Erwiderung.

Was die Gemeinsamkeit des Zollwesens, der Staatsschuld und der diplomatischen Vertretung betrifft, so kann Preußen nicht von seiner Ueberzeugung abgehen, daß diese Gegenstände als separat behandelt werden müssen. Alles, mit Ausnahme der Colonien, gehört augenscheinlich der Legislatur an, deren separirte Existenz in den Präliminarien zugestanden ist.

Da aber der Haupt-Differenz-Punkt die inneren Interessen des Landes in ihrer Beziehung zu Dänemark betrifft, so werden diese Interessen vermuthlich von dem Lande selbst besser als von der preuß. Regierung beurtheilt werden können. Daher könnten diese Gegenstände einem freien und gegenseitigen Arrangement zwischen dem Souverain und den Repräsentanten Schleswigs überlassen werden, welche Repräsentanten in Gemäßheit des jetzt in den Herzogthümern in Kraft befindlichen Wahlgesetzes oder in Gemäßheit des Gesetzes vom 18. Mai 1834, genannt (called) der 9. Artikel des preuß. Gegenvorschlages, zusammenberufen werden könnten. (Was das Chronicle als den wesentlichen Inhalt der preuß. Erwiderung vom 23. März bezeichnet, ist augenscheinlich ein mit größter Nachlässigkeit verfertigter, mitunter, wie in dem vorstehenden Punkte, bis zur Unverständlichkeit entstellter Auszug aus dem betreffenden Aktenstück; wir haben uns damit begnügen müssen, den Text des Chronicle möglichst wörtlich wiederzugeben.) Der nördliche Theil Schleswig's scheint Dänemark günstig zu sein, und was den südlichen Theil betrifft, so würde derselbe, nach der Meinung der Bevollmächtigten, wenn er gegenwärtig mittelst Vornahme der Wahlen seine Ansicht kundgeben sollte, als mehr mit den Ansichten Dänemarks übereinstimmend befunden werden. Ist das der Fall, so ist gegen das Auskunftsmittel noch weniger einzuwenden.

Aehnliche Erwägungen finden ihre Anwendung auf die Frage wegen des Indigenats und der in Schleswig anzustellenden Beamten. Wenn die Regierung des Königs das halbe Land für sich hat, so scheint es, daß man die Beamten im Lande selbst wählen könnte. Diese Concession wird mehr als irgend eine andere zur Beruhigung des Landes beitragen.

Potsdam, 9. April. Schon seit einiger Zeit waren die Accise-Offizianten an den Thoren darauf aufmerksam geworden, daß ein Droschkenkutscher, meistens spät Abends, mit unversteuertem Fleisch von Novaweß mit Umgehung der Thor-Accise einpassire. Als dieser den Thorwachen schon als verdächtig bezeichnete Droschkenkutscher in der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr in das Berliner Thor hereinfuhr und von der Wache angerufen wurde zu halten, hieb er auf die Pferde und jagte im vollen Galopp davon. Die Pferde waren flüchtig geworden, und als ihn endlich der Steueroffiziant und die Wache erreichten, war der Wagen an der Treppe eines Klempnerladens, in den Acht-Ecken, auf der Hohenwegstraße übergeworfen und zerschmettert, der Kutscher lag mit lebensgefährlich beschädigtem Kopfe auf dem Steinpflaster, das defraudirte Fleisch, 4 Centner 75 Pfd. am Gewicht, war herausgeschleudert und wurde nach dem Packhofe gebracht, wo es heute meistbietend verkauft wird. Der Kutscher, Eigenthümer des Wagens (welcher keine Nummer hatte) wird, wie es scheint, schwerlich mit dem Leben davon kommen.

Königsberg, 8. April. In der heut eröffneten dritten Session des hiesigen Schwurgerichts wurde der Papparbeiter Götz in contumaciam wegen Majestätsbeleidigung zu 6 Monaten Zuchthausstrafe, Verlust der Nationalkokarde und Tragung der Kosten verurtheilt.

Marienburg, 6. April. Schon gestern Abend lösten sich einzelne Eisstücke und schwammen den Strom hinab, dann fing das Eis in der ganzen Stopfung an zu mahlen und wie wir heute Morgen erwachten, stand das Wasser der Nogat nur noch 12 Fuß. Es hatte sich Luft gemacht und war in acht Stunden 7 Fuß gefallen. Die Gefahr ist vorüber und die Niederungsbewohner schöpfen wieder Athem. Vereinzelte Schollen treiben noch hin und wieder in dem Strom, aber es sind auch die letzten. — (C. M.)

† **Aus Schlesien,** 6. April. [Von unsern Schwurgerichten.] Der ersichtlich unerfreuliche Eindruck, den die zahllosen unmotivirten Freisprechungen auf die Bevölkerung gemacht haben, scheint doch an unsern Schwurgerichten nicht spurlos vorübergehen

Berliner Zuschauer.

Berlin, den 11. April 1850.

— † Der heutige ärztliche Bericht über das Befinden des Herrn General-Lieutenants v. Rauch sagt, daß die Fieberbewegungen sich in mäßigem Grade gehalten und die entzündlichen Blutstockungen der rechten Lunge fast ganz verschwunden sind.

— Angek. Fremde. Baron v. Maltzahn aus Rottmannshagen; v. Bergamini, Orlandi, Matiazzi und Bravitti, k. öster. Marineoffiziere und Bauinspectoren, aus Venedig (wahrscheinlich auf der Reise nach Kopenhagen!); Dr. Prilles, großherzogl. weimarscher Oberbibliothekar und Hofrath, aus Reval; Dr. Scheerer, Geh. Regierungsrath, aus Düsseldorf; v. Rohr, k. preuß. General-Lieutenant a. D. aus Glogau; Waitzenfeld, k. dän. Courier aus Hamburg; Baron v. Camerra, k. öster. Cabinets-Courier, aus Wien.

† — Der Vater des früheren römischen Obersten Calandrelli, welcher unter der Anklage, zur Zeit der Rebellion den Barrikadenbau geleitet zu haben, zu 5 Jahren Gefängniß verurtheilt wurde, — lebt in Berlin, wohin ihn des verstorbenen Königs Maj. als Hofgraveur berief, und ist ein ausgezeichneter Steinschneider in Gemmen und Cameen.

— Bei dem Antritt der Erbschaft einer Almosenempfängerin Seitens der Armendirection fand dieselbe ein verhältnißmäßig großes Inventarium, vornehmlich an Garderoben-Gegenständen, wie 14 Hauben, viele Kleider, mehrere Dutzend Paar Strümpfe u. s. w. vor. Auf ein Gerücht, es habe die Almosen-Empfängerin noch Gelder im Keller vergraben, stellte die Direction weitere Nachsuchung an, und es ergab sich, daß ein Mitbewohner des Hauses im August v. J. auf Anweisung der nun Verstorbenen zwei Beutel Geld im Betrage von 870 Thlr. aus dem Keller geholt und dem Probst der St. Hedwigskirche überbracht habe. Die Armen-Direction, als gesetzmäßige Erbin, reclamirte dies Geld von dem Kirchenkollegium zu St. Hedwig, welches das Schenkungsrecht der Verstorbenen vor dem Erbrechte der Direction in Anspruch nahm und nachwies, daß das Geld für eine Krankenpflege-Anstalt, in welche Protestanten und Katholiken aufgenommen werden, verwendet worden. Nichtsdestoweniger hat der Magistrat die Anstellung der Civilklage wider das Kirchenkollegium beschlossen.

— Dienstag Abend wurde in der Köthenerstraße Nr. 15 die Ehefrau eines Arbeiters durch ihren Ehemann, der sich in einem trunkenen Zustande befand, mittelst eines Beiles am Kopfe lebensgefährlich verwundet. Derselbe ist nach verzweifelter Gegenwehr verhaftet worden.

— Außer beim Schwurgericht wurde gestern nur bei der 3ten Kriminal-Abtheilung öffentlich verhandelt. Es kamen bei derselben 7 verschiedene Sachen wegen Beleidigungen und Widersetzlichkeiten gegen Schutzmannschaften vor.

— Herr Jodocus Donatus Hubertus Temme soll, wie die A. Augsburger Zeitung meldet, auch Verfasser einer Menge unter dem Namen H. Stahl bei Basse, Ernst und Fürst erschienener grausiger Ritter- und Räuberromane sein! Es stimmt dieser literarische Nebenerwerb auf's Innigste mit den Klagen des Herrn Jodoci Donati Huberti bei seiner Suspension über die Unzulänglichkeit seines halben Gehalts von 1200 Thlr., so wie mit seinen neuesten buchhändlerischen Verbindungen in Eisleben überein. Hoffentlich wird Jodoco Donato Huberto mit der neuen Richtung, die derselbe in „Anna Hammer“ eingeschlagen hat, nicht die Neigung für das frühere Genre ausgegangen sein, wir müßten sonst aufrichtig Jodocum Donatum Hubertum bedauern!

— † Anfrage. Kann ein Tabackshändler auch zugleich Buchhandel betreiben, ohne dazu die Concession zu haben, wie z. B. Hr. Gleich, der zwar nur in politischen Schriften macht?!

— Das A. P. V.-Bl. meldet aus Stolp: Das hiesige Kreisgericht hat den Horndrechsler Bähr aus Berlin wegen Hazardspiels zu 80 Dukaten und wegen Betrugs im Spiel zu 24 Frd'or; so wie den Lieutenant a. D. v. Zitzewitz wegen Theilnahme am Spiel zu 100 Dukaten Strafe verurtheilt. Der Bähr hatte auf dem Drei-Carreau-Blatt das eine Carreau wegradirt, so daß die Karte, je nachdem sie aufgedeckt wurde, bald für Carreau 3, bald Carreau As gelten konnte.

— Heute Abend um 7 Uhr hält der Verein der selbstständigen Handwerker zur Wahrung ihrer Interessen, eine Versammlung sämmtlicher Handwerker, Innungs- und Nichtinnungsmeister im Saale des Schulzschen Kaffeehauses, Niederwallstraße Nr. 11, in der eine Besprechung über den Gewerberath und Aufstellung von Candidaten zum Gewerberath stattfinden soll. — Wird sich Herr Faucher denn nicht einfinden?

— † Ist der Witz und Verstand der Abendpost wirklich bereits so weit reducirt, daß sie keine bessere Anekdote mehr erfinden kann, als die läppische über die spielenden Knaben vor dem Hause des Herrn General von Rauch. — Kläglich! sehr kläglich!

ℜℜ Wer noch nicht weiß, wie sehr die Hauptstadt, die (demokratisch gesagt) „unser Werk“ ist, durch die „glorreiche März-Revolution“ auf den Hund gekommen ist, der lese die jüngsten Stadtverordneten-Verhandlungen über die theilweise von der Hundesteuer zu beschaffende Trottoir-Legung. „Weil es in jetziger Zeit sehr schwer hält, den gesetzlichen Beitrag dazu von den Hausbesitzern einzuziehen“, so will der Magistrat anstatt der bisherigen 15,000 Thlr. nur 5000 Thlr. dafür bestimmen. Dazu die schöne Aussicht auf eine städtische Einkommensteuer von 2 — 3 Procent. Alles (demokratisch gesagt) „unser Werk!“ Und was das Merkwürdigste ist: zu diesem seinen Meister lobenden Werke kommt der Segen nicht von Oben, sondern von Unten. Darum ist er auch danach — der Segen!

M. Der durch seine, hinsichtlich reactionärer Käufer angestellten Beobachtungen bekannt gewordene Buchhändler Schneider macht auffallender Weise jetzt selbst in Enthüllungen. Er kündigt in der Vossischen „Enthüllungen über das Leben nach dem Tode“ an, die bei ihm für 10 Sgr. zu haben sind. In der Anpreisung wird gesagt: „diese überraschenden Aufschlüsse seien den gewöhnlichen Ansichten in vielen Stücken zuwiderlaufend.“ Nun, wenn sie nur mit den demokratischen Ansichten parallel laufen und nicht schielen.

ℜℜ Die Abend-Post bezeichnet es als „einen lustigen Druckfehler im Staats-Anzeiger“, daß derselbe in der Anzeige von der Preisausschreibung des Wiener Burg-Theaters „demokratische Literatur“ für „dramatische“ gedruckt habe. Da sehe man, wie die Losung der Zeit in allen Köpfen spuke. Das Lustigste dabei ist aber, daß die Abend-Post in ihrer eignen Anzeige von jener Preisausschreibung selbst einen Druckfehler begangen hat, indem sie den Director des Burg-Theaters Caule nennt anstatt Laube. Caule! Warum nicht gleich Keile? Es ist 'ne alte Geschichte, doch bleibt sie ewig neu — nämlich die Geschichte vom Splitter und Balken. Uebrigens halten Viele die ganze Abend-Post mit ihrer Individuums-Republik, in der „ein Jeder lebe nach eigner Willkür auf seine eigne Verantwortlichkeit“, wir sagen, Viele halten die ganze Abend-Post für einen Druckfehler.

∴ Zu dem von W. Lüders herausgegebenen „Volks-Taschenbuch für 1850“ hat sich nicht einmal ein Verleger finden wollen, und doch sind Demokraten wie Ruge, Walesrode Mitarbeiter. Haben denn die vielen demokratischen Buchhändler, die es geben soll, gar so wenig Vertrauen zur Literatur der Volkspartei, daß die Demokraten ihre Bücher auf eigne Kosten drucken lassen müssen? Oder ist die rothe Reaction von — Krebsen in der Ostermesse daran schuld?

— Acten-Diebstähle von Seiten solcher Personen, die gerade mit deren Aufbewahrung betraut worden, sind schon öfter vorgekommen, ohne daß man deshalb sich besonders wundern durfte. Ein beim hiesigen Vormundschaftsgericht angestellter Registratur-Eleve soll dies Geschäft indessen wirklich in großartiger Weise betrieben haben, indem er sich kürzlich durch den Actenwagen die Acten centnerweise nach Hause fahren gelassen und hiernächst als Maculatur verkauft hat. Glücklicherweise hat dies Geschick nur solche Acten betroffen, die bereits reponirt waren. Derselbe ist sofort entlassen und soll gegen ihn die Einleitung der Criminal-Untersuchung beantragt worden sein. Bei einer vorher in seiner Wohnung vorgenommenen Haussuchung hat man auch mehrere muthmaßlich aus den gestohlenen Acten herausgetrennte Stempelbogen gefunden, die zu den Acten cassirt waren und vor welchen der Cassationsvermerk fortradirt war, offenbar in der Absicht, sie zu verkaufen.

— Der Etat des hiesigen Stadtgerichts und des mit demselben vereinigten Criminalgerichts ist nun definitiv abgeschlossen und wird nächster Tage dem hiesigen Appellationsgerichte zugefertigt werden. Derselbe wird erst vom 1. April d. J. ab als maßgebend betrachtet werden, so daß also in Rücksicht der Zulagen, welche danach bewilligt werden, das erste Quartal des laufenden Jahres erspart wird.

Gegen die gleichzeitig beabsichtigte Uebertragung der Disciplinargewalt über die Beamten der Untersuchungs-Abtheilung an den Präsidenten Schröder und die diesem beizulegende Anstellungs-Befugniß der Subaltern- und Unterbeamten des Stadtgerichts soll übrigens Seitens des hiesigen Appellationsgerichts Einspruch geschehen, und in dieser Beziehung also die endgültige Entscheidung noch zu erwarten sein.

△ In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch wurden dem Wirth der sogenannten Polka-Halle Mohrenstraße Nr. 12. mittelst gewaltsamen Diebstahls circa 4000 Thlr. entwendet. Der That verdächtig ist einer der Kellner des Bestohlenen, der auch bereits zur Haft gebracht worden ist.

† Die Partei Gagern-Gotha will wenigstens den Keim der deutschen Union retten und wird zu diesem Zwecke unsern Viehbahnum magnum bis zum nächsten Völkerfrühling hermetisch verschließen.

† Welche Gründe hat der Herr Vice-General-Superintendent Hupe in Lübben, so eifrig für die Abschaffung der Kreuzzeitung in dem dortigen Lesezirkel zu wirken? Wir hätten das von ihm als früherem Correspondenten am wenigsten erwartet, doch — tempora mutantur, und wenn auch nicht nos, so haben sich andre Leute mit ihnen verändert.

† Geht Hr. v. Radowitz auf dem Wege des Rechts noch vorwärts oder schon retro? wir können immer noch nicht recht darüber ins Reine kommen und wollen nur wünschen, daß kein constitutioneller Staatsbürger seine Stellung gegen seine Ueberzeugung behauptet.

— Die hiesigen demokratischen Organe bringen unter der Adresse: „Männer und Frauen der Volkspartei!“ einen Aufruf aus Charlottenburg, unterzeichnet Dr. Falkenthal und Fr. Baese, in welchem um Geldunterstützung für einen seit 24 Jahren in der königl. Gesundheitsgeschirr-Fabrik beschäftigten Arbeiter, dem auf Befehl des Ministers, weil er sich der demokratischen Agitation in Charlottenburg eifrig angeschlossen hatte und nicht davon ablassen wollte, die Arbeit gekündigt worden ist.

Wir sind vollkommen mit der Maßregel einverstanden, daß in königl. Anstalten keine solche Personen Beschäftigung finden, welche offenbar sich an einem Treiben gegen die Regierung betheiligen und unter ihren Collegen Propaganda für die Opposition machen, wünschen aber, daß die Wäsche der Treppe nicht von unten sondern von oben herab beginne. Möge man solche Beispiele der Entlassung lieber an den obern und glänzend gestellten Beamten jeder Kategorie geben, die notorisch durch die offenbarste Opposition und demokratische Wühlereien ihren Undank und ihre Feindseligkeit gegen die Regierungen bezeigt haben, als durch die Entlassung untergeordneter verführter und weniger zurechnungsfähiger Arbeiter, — das wird besser fruchten!

Das hier Gesagte gilt für alle Branchen des Beamtenwesens. Leider lehrt die Erfahrung, daß noch immer das Sprüchwort Geltung hat: Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen!

— △ Gestern Abend wurde von einem Theile der Gefangenen der Stadtvogtei ein bedeutender Exzeß verübt. Ein Theil derselben war in eine Zelle gesperrt, behufs der Verbüßung von Disciplinarstrafen, wegen Vergehen gegen die Hausordnung. Es waren meistens mehrfach bestrafte Verbrecher. Dieselben rissen den Ofen ein, zerschlugen sämmtliche Fensterscheiben, warfen ihre Schlafdecken auf die Erde und verdarben sie. Nachdem nichts mehr in ihrer Zelle vorhanden war, was sie vernichten konnten, traten sie in einen Kreis und stimmten das Lied an: „Ein freies Leben führen wir,“ in welches sämmtliche Gefangene des Seitengebäudes, in welches die Tumultuanten sich befanden, ja sogar die Weiber, einstimmten.

Es mußten die Wachtmannschaften requirirt werden durch deren entschlossenes Einschreiten die Ruhe in den Gefängnissen bald wieder hergestellt wurde.

— † Auf dem Gute Ruhleben bei Spandau — dem Fiskus gehörig und jetzt dem Omnibusunternehmer Ellwanger verpachtet — soll seit einigen Tagen beim Vieh die Lungenseuche herrschen. Zwölf Stück sind bereits gefallen. — Die Behörde trifft Vorkehrungen gegen die Verbreitung.

— † Die Demokratie hat wiederum einen unersetzlichen Verlust erlitten. Einer ihrer berühmtesten und thätigsten Vertrauensmänner, der Barbier Liedke, Linienstraße 125 wohnhaft, hat das Unglück gehabt, wegen Anfertigung und Verbreitung falscher Kassen-Anweisungen verhaftet zu werden, und sind bei ihm nicht nur Falsifikate, sondern auch Presse, Stein und alle zur Anfertigung derselben erforderlichen Materialien von der Polizei in Beschlag genommen worden. — Dieser Verlust wird für die Demokratie um so empfindlicher, als mit dieser Verhaftung auch gleichzeitig wie-

zu wollen. Neuerdings sind 12 Tumultuanten aus dem Jahre 1848 zu Jauer mit 1½- bis 6jähriger Zuchthausstrafe belegt worden. Der famose Abgeordnete zur Nationalversammlung, Freigärtner Michel Mroß, muß seine Vorliebe für freie Ochsen-Weide, in Folge Tumults zur Befreiung des gepfändeten Viehes, mit 1 Jahr Zuchthaus büßen. Auch das consequente Vorgehen des geheimen Ober-Tribunals, das neurlich wieder die vom Schwurgericht freigesprochenen Buchdruckereibesitzer Deutsch und Herzog zu Ratibor wegen Verbreitung der „Schlesischen Milliarde“ zu 1 Jahr Gefängniß und Verlust der Nationalkokarde verurtheilt hat, wird seine heilsame Wirkung nicht verfehlen.

Ueberhaupt darf sich Niemand, der das Gebahren unserer Schwurgerichte an verschiedenen Stellen beobachtet hat, verhehlen, daß, wie mangelhaft auch Princip und Zusammensetzung derselben sein mögen, doch die zeitherigen Miß-Erfolge nicht in dem Grade in der eignen Willkür oder Feigheit der Geschwornen und in dem demokratischen Terrorismus zu suchen sind, als vielmehr in der Schwäche der leitenden Justizpersonen.

Erfurt, 9. April. Dem Bericht des Verfassungsausschusses des Volkshauses, welchen die Abgeordneten Camphausen und Goltdammer erstattet haben, entnehmen wir Folgendes:

Die Vorlagen der Regierungen sind, wenn man die darin enthaltenen Vorschläge mit den sie begleitenden Umständen zusammenfaßt, so gestaltet, daß es zu den mühelosen Aufgaben gehört, ihnen gegenüber Bedenken, Zweifel, Tadel und Besorgnisse anzuhäufen. Größere Aufmerksamkeit und Sorgfalt bedarf die Richtung, welche das Gebiet der Zweifel durchschreiten und zu einem positiven Resultate gelangen will. Das Volkshaus hat ein hohes Interesse, nichts zu thun, wodurch die Aussichten auf den Ausgang des von dem Verwaltungsrathe erhobenen Rechtsstreites mit Hannover und Sachsen, von welchem derselbe in der Eröffnungsbotschaft dem Parlamente Mittheilung gemacht hat, und auf den wirklichen Eintritt von Hannover und Sachsen gemindert oder wodurch die Regierungen der genannten beiden Länder von eingegangenen Verpflichtungen befreit werden könnten. Da jede Abänderung der Einwilligung Hannovers und Sachsens bedarf, so kann nach dem Dafürhalten des Ausschusses das Volkshaus den rechtlichen Fortbestand der eingegangenen Verpflichtungen nur dadurch bewirken, daß es für's Erste den Verfassungsentwurf im Ganzen ohne Aenderung annimmt.

Die unveränderte Annahme des Verfassungsentwurfes, vielleicht begleitet von dem Zustimmungs-Anerbieten des Parlaments zu manchen Modifikationen desselben, wird und muß eine rasche Entscheidung herbeiführen. Sie giebt der Krone Preußen das Recht, die Reichsvorstandschaft in die Hand zu nehmen und die verbündeten Regierungen aufzufordern, zur Bildung der Unionsregierung und zur allmäligen Ausführung der Verfassung mitzuwirken. Entschlossenheit und Festigkeit werden auf diesem Wege unzweifelhaft zum Ziele führen; sollten aber bei seiner Verfolgung Verhältnisse eintreten, welche zu bewältigen nicht in der Macht der Willigen läge, so wird Preußen der deutschen Nation offene Kunde geben können von dem Wege, den es gegangen, und sollte dermaleinst das schlummernde Recht erwachen, so wird es in Preußen seinen ersten und treusten Bundesgenossen suchen. —

Der Verfassungsausschuß hält dafür, daß das Volkshaus genau die Stellung den Regierungen gegenüber einnehme, in welcher die Regierungen sich dem Parlamente gegenüber befinden. Wie die Regierungen sich im Voraus gebunden haben, unter dem Vorbehalte der Zustimmung des Parlaments, so möge auch das Haus sich im Voraus binden unter Vorbehalt der Zustimmung der Regierungen. Es wird den Regierungen das Anerbieten gemacht werden können, die vorgeschlagenen Modificationen sowohl im Ganzen, als in einzelnen Punkten anzunehmen. Diesem Wege entspricht folgender Antrag:

I. Die Versammlung wolle beschließen: 1) daß das Volkshaus dem Entwurfe der Verfassung des deutschen Reichs vom 26. Mai, sowie dem Wahlgesetz und der interpretirenden Denkschrift vom 11. Juni v. J. unbedingt seine Zustimmung ertheile; 2) daß das Volkshaus ebenfalls der Additionalakte in unveränderter Fassung zustimme; 3) daß aber, gleichwie die Regierungen sich unabänderlich an den Entwurf der Verfassung gebunden haben unter der einzigen Bedingung der Zustimmung des Reichstages, auch das Volkshaus sich binde an die zu beschließenden Modificationen des Entwurfes, die es den Regierungen anbiete, in der Art, daß es hiermit im Voraus seine Zustimmung zu denselben ausspreche, wenn die Regierungen sie im Ganzen oder in einzelnen Punkten annehmen; daß hingegen bei Nichtannahme der Modificationen oder einzelner derselben die betreffenden Bestimmungen des angenommenen Entwurfes zu Recht bestehen bleiben.

Die weitere Erörterung führte zu dem Nachweise, daß die drei Theile des Antrages füglich im Volkshause als ein Ganzes betrachtet werden könnten, und zu folgendem Amendement II.

1) Die Anträge des Referenten werden ungetrennt angenommen. 2) Anstatt der Worte ad 3. des Antrages: „an die zu beschließenden Modificationen“ ist zu sagen: „an die hierunter verzeichneten Abänderungs-Vorschläge.“ Ein anderes Mitglied empfiehlt, an das Haus den Antrag zu stellen:

III. Daß vor dem definitiven Beschlusse, ob die Vorlagen unverändert angenommen werden sollen oder nicht, mit Berathung der Vorlagen, insbesondere der Abänderungs-Vorschläge, vorgegangen werde. — Die Motive zu einem weiteren an das Haus zu bringenden Antrage sind dem Berichte als Minoritäts-Gutachten beigeschlossen; er lautet:

IV. Dasselbe wolle beschließen, die gebilligten Abänderungs-Vorschläge zur Kenntniß des Verwaltungsrathes zu bringen, damit die verbündeten Regierungen über deren Annahme gehört werden, — und sich die weitere Entschließung vorzubehalten, wenn die Abänderungs-Vorschläge nicht angenommen werden sollten. Endlich wurde noch folgender Gegen-Antrag gestellt:

V. Das Haus wolle beschließen: 1) eine sorgfältige Prüfung der Verfassungs-Vorlagen, jedoch in abgekürzter Form, vorzunehmen; 2) nach vollendeter Prüfung die beschlossenen Abänderungs-Vorschläge zur Kenntniß des Verwaltungsrathes zu bringen, damit die verbündeten Regierungen über deren Annahme gehört und durch deren Zustimmung das Verfassungswerk gefördert werden könne.

— Bei der Abstimmung erhielt keiner der gestellten Anträge die Mehrheit der Stimmen im Ausschusse; sie wurden abgelehnt: I. mit 11 gegen 10, II. mit 15 gegen 6, III. mit 11 gegen 10, IV. mit 16 gegen 5, V. mit 15 gegen 6 Stimmen, so daß der Ausschuß einen Mehrheits-Antrag dem Hause nicht vorlegen kann.

Der Ausschuß beantragt sodann die Annahme des Wahlgesetzes und der Additional-Acte in unveränderter Form und schlägt in Rücksicht auf die in der Eröffnungs-Botschaft verlangte Ermächtigung als Anhang zur Additional-Acte folgenden Zusatz vor: Die Versammlung wolle beschließen, daß auf den Antrag der verbündeten Regierungen das Volkshaus den Reichsvorstand ermächtige, so lange Holstein und Lauenburg oder einer dieser Staaten außerhalb des Bundesstaates stehen, mit denjenigen zum Bündnisse gehörigen Staaten, welche für jetzt eine freiere Bewegung bei Regelung ihrer Handelsgesetzgebung und ihrer Handelsbeziehungen zu den nicht verbündeten Staaten innerhalb und außerhalb Deutschlands, und eine Vertretung ihrer Handelsinteressen durch besondere Consular-Agenten in Anspruch genommen haben, die nöthigen Vereinbarungen unter Wahrung der Interessen der Union zu treffen, und solche dem nächsten Reichstage zur definitiven Genehmigung vorzulegen.

Als einen Anhang zur Additional-Acte stellt der Ausschuß noch schließlich den Antrag: Die Versammlung wolle beschließen, daß, während des bis zur vollendeten Einführung der Verfassung verfließenden Zeitraums, die Ausübung derjenigen Rechte der Regierungen und der Volksvertretung in den einzelnen Staaten, welche nach der Verfassung auf die Unions-Regierung und das Parlament übergehen, nach Zeit und Umfang und in dem Maaße in den einzelnen Staaten aufhören solle, als deren Ausübung durch die Unions-Regierung unter verfassungsmäßiger Mitwirkung des Parlaments übernommen werden kann und übernommen wird; indem übrigens dem Ermessen des Verwaltungsrathes und beziehungsweise der Unions-Regierung anheimgestellt wird, bis zur nächsten Parlaments-Sitzung die fortschreitende Einführung und Ausführung der Verfassung in geeigneter Zeit und Weise zu bewirken.

Erfurt, den 10. April. Das Correspondenz-Bureau schreibt: Die Fraction der Rechten war gestern Abend im „Schlehdorn“ versammelt. Man besprach Art. 5. der Additionalakte und einigte sich zu folgendem Amendement:

„Das Verhältniß der Union zu dem deutschen Bunde und zu dem neu für denselben zu gründenden Organe bleibt der Festsetzung vorbehalten. Diese Festsetzung wird sich insbesondere auf jene gemeinsame Ausübung der Bundesrechte und Erfüllung der Bundespflichten, auf das Recht des Kriegs und Friedens (§. 10. des Entwurfs) und die Anwendung der bewaffneten Macht gegen Regierungen im Innern der Union (§. 53.) erstrecken und hat auf Grund und nach Maßgabe der Bundesgesetzgebung von 1815 und in Berücksichtigung der inzwischen auf rechtsgültige Weise eingetretenen Veränderungen durch Verständigung mit den der Union nicht angehörigen deutschen Staaten zu erfolgen.“ —

Der Abg. Stahl wird die Begründung und Vertheidigung dieses Amendements in den nächsten Plenarsitzungen übernehmen.

Auch von anderer Seite ist dieselbe Frage über das Recht des Kriegs und Friedens urgirt worden und es wird ein Amendement eingebracht werden, welches dahin geht, dem Art. 5. Addit.-Acte, welcher jetzt negativ gefaßt ist, eine positive Fassung zu geben. —

Der schlesische Abgeordnete v. Mitschke-Kollande, der Partei des Centrums angehörig, hat eben eine Flugschrift über die Grundrechte und das Wahlgesetz nebst Motiven und Abänderungsvorschlägen veröffentlicht und unter die Mitglieder beider Häuser vertheilen lassen. Der Verf. geht von der Ansicht aus: daß die Grundrechte in ihrer jetzigen Gestalt nothwendig nicht nur die gegenwärtige Bevölkerung vollständig demoralisiren, sondern auch den Keim zur Depravirung der kommenden Geschlechter in sich tragen. Seine Amendements erstrecken sich über die religiösen Verhältnisse, die Presse, die Wiedereinführung der Prügelstrafe u. s. w. Eine ähnliche Revision wird für das Wahlgesetz vorgeschlagen. Das Wahlrecht soll künftig in den Städten den Stadtverordneten, auf dem Lande den Kreisvertretern übertragen werden.

Erfurt. 10. April. Die Constitutionelle Correspondenz schreibt: Der oldenburgische Bevollmächtigte, Oberst Mosle, hat bei seiner, vor einigen Tagen erfolgten Rückkehr im Schooße des Verwaltungsrathes, Nahmens der oldenburgischen Regierung, die befriedigendsten Erklärungen abgegeben. Gleiches wird in wohlunterrichteten Kreisen von dem Großherzogl. hessischen Bevollmächtigten Lepel behauptet.

P* Erfurt, den 10. April. [Zum Schlehdorn.] Sie haben schon über das Gerücht gesprochen, welches, wahrscheinlich veranlaßt durch eine Notiz des Correspondenz-Büreau's jetzt durch verschiedene Kreise läuft, das Gerücht, zwischen den Herren v. Gerlach und Stahl sei ein arger Zwiespalt ausgebrochen, und Herr v. G. sogar förmlich von der Fraction der Rechten ausgeschlossen. Gewissen Leuten wäre das freilich sehr erwünscht, und in diesem Wunsche findet auch das Gerücht und dessen geflissentliche Verbreitung seine ausreichende Erklärung. Freunde der guten Sache brauchten sich aber eigentlich über solche Faseleien keine Gedanken zu machen, sondern könnten sich auch fern von Erfurt selbst sagen, daß Männer, die im Princip übereinstimmen, recht wohl Differenzen haben können, die ihrer sonstigen Einigkeit gar keinen Abbruch thun und eben wegen dieser Einigkeit ganz scharf und entschieden ausgeprägt werden können, ohne irgend Gefahr. Vergesse man ja nicht, daß die Fraction, welche sich im Schlehdorn versammelt, keine centrale Partei ist, geeint durch ein — allerdings recht geschicktes Programm, farblos, weit und mancherlei Deutung fähig, ein gutes Netz, um Majoritätspartikeln zu fangen aus allerlei Volk unter dem Himmel. Wir von der Rechten aber werden geeint durch ein scharfes, tiefes und ausschließendes Princip; uns kommt es gar nicht darauf an, wie viele mit uns sind, sondern wie entschiedene und feste. Wir können über einzelne Punkte hart an einander gerathen und entzweien uns doch nicht. Und schließlich kann Ihnen Ihr Correspondent, der den Herren Stahl und v. Gerlach übrigens sehr nahe steht, noch obendrein die Versicherung geben, daß an dem ganzen für die Herren Centralen und Linken so erfreulichen Zwiste nichts ist; — wir wissen recht gut, nach welcher Seite hin wir Front zu machen haben! —

Erfurt, Donnerstag, 11. April, Vormittag 10 Uhr 20 Minuten. (Tel. Corr. B.) **Die Linke des Volkshauses beschloß gestern Abend den Patowschen Antrag anzunehmen. Camphausen gab dabei beruhigende Erklärungen über die Stellung der Regierungen zu dieser Frage. Die Entscheidung des Volkshauses scheint demnach unzweifelhaft.**

Solingen, 8. April. Der Landrath Graf von dem Bussche-Kessel ist um seinen Abschied eingekommen. Wie verlautet, will er nach seinen im Osnabrück'schen gelegenen Gütern übersiedeln.

Hamm, 6. April. (Rh. W. Z.) [Congreß der Demokraten-Häupter.] Gestern fand hier eine großartige Zusammenkunft vieler Häupter der Demokratie statt, namentlich hatten sich die Herren Rechtsanwälte Gierse von Münster und Schuchardt von Iserlohn eingefunden. Letzterer ist der erste Hauptangeklagte in der Iserlohner Hochverraths-Sache, und soll sich diese Besprechung unter Theilnahme der übrigen hiesigen Demokraten vorzüglich auf seine und der übrigen Aufständischen Vertheidigung vor dem Schwurgerichte zu Wesel erstreckt haben.

Düsseldorf, 8. April. (Rh. W. Z.) Ein langer Trauerzug, durch langgedehnte Trommeltöne schon von ferne zu erkennen, zog heute Nachmittag dem Friedhofe zu! — Der Maler Paul Kieverich, welcher eine der schönsten Zierden unserer Akademie mit Recht genannt werden kann, ist hinüber gegangen in das Reich der Ewigkeit.

Sigmaringen, 7. April. Der Regierungsverzicht des Fürsten Karl Anton und die Uebernahme durch die K. preußischen Commissaire ist gestern auf die feierlichste Weise vor sich gegangen. Der Fürst selbst und der größte Theil des Publikums zeigte bei dem ernsten Acte tiefe Rührung. Im ernsten, altehrwürdigen Rittersaale seiner Ahnen, deren Bilder hier an den vier Wänden aufgehängt sind, trat der Fürst Karl Anton seine Souveränetät und sein Land an die Krone Preußen ab und entband die Staatsdiener und Unterthanen ihrer Eide und Pflichten gegen ihn. Die Abdicationsurkunde des Fürsten lautet: „Wir Karl Anton, von Gottes Gnaden souveräner Fürst zu Hohenzollern-Sigmaringen, Burggraf zu Nürnberg, Graf zu Sigmaringen, Veringen und Bergh, Herr zu Haigerloch und Wöhrstein, haben mit Rücksicht auf die zwischen dem Königl. preußischen und dem fürstlich hohenzollern'schen Hause bestehenden stammverwandtlichen Verhältnisse und Erbeinigungs-Verträge mittelst Staatsvertrages vom 7. Dec. 1849 und von Uns ratificirt den 5. Febr. 1850 für Uns, Unsere Erben und Nachfolger der Regierung über Unser Fürstenthum Hohenzollern-Sigmaringen mit allen Souveränetäts-, Regierungs- und eventuellen Erbfolge-Rechten über dasselbe zu Gunsten der Krone Preußen entsagt. Nachdem nunmehr in dessen Gemäßheit die Uebergabe der Regierung Unseres Fürstenthums an Se Maj. den König von Preußen durch die hierfür bestellten Commissarien erfolgen wird, so entbinden Wir mittelst dieses feierlichen Actes die Landesangehörigen und Staatsdiener Unseres Fürstenthums von den Uns geleisteten Eiden, und übertragen Unsere diesfallsigen Rechte und Ansprüche an Se. Maj. den König von Preußen, Unsern gnädigsten Herrn! Möge der Himmel Unserm Werk den Segen verleihen! Sigmaringen, den 6. April 1850. Karl Anton.“ (S. M.)

† **Wien**, 9. April. [Stimmung. Notizen.] Seit langer Zeit hat keine solche politische Apathie geherrscht wie in den verflossenen drei Tagen. Die Menge der von Süden und Norden einlaufenden telegraphischen Depeschen vermag dieselbe eben so wenig zu brechen, wie die hin und wieder hingeworfenen politischen Gerüchte. Den Ersteren zufolge ist die griechische Frage fortwährend im Statu quo, doch wirkt dies eben so wenig jetzt wie im Anfange bedeutend auf die Börse. Ja die Geschäfte waren sogar heute sehr belebt. Unter den Gerüchten erregte jenes über die Abreise des F.-M.-L. Heß nach Berlin — in politischer Mission — die besondere Aufmerksamkeit, ihm wird aber heute officiös widersprochen. Das ganze politische Leben und Treiben scheint sich jetzt in die Ministerien und die Berathungszimmer der unzähligen hier versammelten Kommissionen zurückgezogen zu haben. Die Anzahl dieser Kommissionen ist wirklich eine außerordentliche; aus jeder Hauptstadt eines jeden Kronlandes ist wenigstens Eine, wo nicht mehrere anwesend. Aus Prag sind z. B. drei hier. Eine zur Berathung der Gemeindeordnung, eine für das Nationalgardegesetz, eine für die Gerichtsorganisation. Diese Kommissionen und Deputationen vermehren sich gewöhnlich außerordentlich während ihrer Anwesenheit, wie dies bei einer romanischen Deputation der Fall war, welche ursprünglich aus 15 Mann bestand, nach einem Aufenthalte von 14 Monaten aber 37 Mann zählt. Wie die verschiedenen Vorschläge aller dieser berathenden Körper mit einander verschmelzbar sein werden und ob unter so vielen Einflüssen die den Regierungsmaaßregeln so nothwendige Einheit nicht leidet, wird die Zukunft lehren. — Das größte Interesse zieht die Kommission der Bankreformen auf sich. Sie wird nächstens die Resultate ihrer Berathschlagung im Druck bekannt geben. Das Gerücht schreibt ihr einstweilen zwei Entschlüsse zu. Erstens das Einstellen der Ausgabe der Reichsschatzscheine, deren Zahl und Art der Ausgabe vorerst von ihr beschlossen werden soll; zweitens eine über die ganze Monarchie ausgedehnte Zwangsanleihe, als das einzige Mittel, wie Oesterreich aus seiner nicht sehr glänzenden finanziellen Lage gerissen werden kann. Die letztere Nachricht hat auf die Börse eher einen günstigen als ungünstigen Eindruck hervorgebracht.

In gewissen Kreisen erregt es einiges Aufsehen, daß der hiesige juridisch-politische Leseverein dem ehemaligen Präsidenten des berüchtigten Sicherheitsausschusses vom Jahre 1848 wegen seiner damals bethätigten politischen Gesinnung den Zutritt in sein Lokal versagte, da doch das Ministerium keinen Anstand genommen habe den ehemaligen Präsidenten bei der Reorganisation der Aemter von Neuem in einem ziemlich bedeutenden Posten anzustellen. Wie ich höre, hat der Herr Präsident deshalb eine Klage wegen Ehrenbeleidigung eingereicht und man ist sehr gespannt, wie die Gerichte entscheiden werden. Komisch bleibt es immer, daß der Herr Präsident nun seine Würde von ehedem verleugnet und die Folgen seiner so wichtigen Stellung nicht tragen will.

Aus Ungarn werden zwei wichtige Fakten mitgetheilt. Erstens soll nun von der Regierung im Vereine mit dem F.-M.-L. Haynau beschlossen worden sein, die Eintreibung der Kriegscontribution von Seite der Juden einstweilen einzustellen. Die Gemeinde hat dagegen die rückerstattete Summe von 400,000 Fl. nicht angenommen, sondern dieselbe dem Schulfond gewidmet. — Im Liptauer Comitate wurde dagegen von der dortigen Gensd'armerie eine Zusammenkunft von ungarischen Communisten aufgegriffen, welche nichts Geringeres im Sinne hatte, als mit Gewalt den Unterschied zwischen Reichen und Armen dadurch auszugleichen, daß sie alle Besitzenden niedermachten oder vertrieben. Man muß sagen, der Communismus hat keine unbedeutenden Fortschritte gemacht: sein Scheinreich reicht vom äußersten Westen bis zum äußersten Osten.

Wien, 9. April. Aus Pesth wird uns mitgetheilt, daß Se. Majestät der Kaiser anzuordnen geruhten, daß sämmtliche kaiserliche Offiziere, die vor dem Ausbruche der ungarischen Revolution ohne Charakter quittirt haben, und die wegen ihrer Betheiligung am bewaffneten Aufruhr durch kriegsrechtlichen Spruch zu Festungsstrafe verurtheilt wurden, in Freiheit zu setzen sind.

FML. v. Wocher, Kommandant des 9. Armeecorps, wurde als FZM. pensionirt. FML. Graf Franz Schaffgotsche wurde Kommandant des 9. Armeecorps. GM. Prinz Hohenlohe wurde Dua-Divisionär in Böhmen. GM. Graf Paar erhielt dessen Brigade.

Der FZM. Baron Haynau wird nicht, wie man anfangs glaubte, nur einige Tage hier verweilen, sondern sich einige Wochen in der Residenz aufhalten. — Für die Dauer seiner Abwesenheit von Ungarn ist der FML. Moltke mit dem Kommando der 3. Armee betraut.

In diesen Tagen wurden in Venedig die irdischen Ueberreste des im August v. J. daselbst gestorbenen Dichters, Heinrich Stieglitz, nach Hamburg eingeschifft.

Aus Frohsdorf wird berichtet, daß sich dort in neuester Zeit französische Notabilitäten sehr zahlreich einfinden, die, wie es scheint, längere Zeit zu verweilen beabsichtigen, da die meisten von Dienerschaft begleitet sind und sehr viele Reise-Effekten mit sich bringen.

Die Summe aller derzeit Steuerzahlenden in Wien beträgt bei 35,000; in Prag beläuft sie sich auf 8781.

München, 7. April. (A. Z.) In der verflossenen Nacht wurde hier in der unteren Gartenstraße bei der Gräfin Törring-Guttenzell, einer Dame in den sechsziger Jahren, von zwei mit Masken versehenen Individuen gewaltsam mittelst Anlegung von Leitern ein Einbruch verübt und die Summe von 400 fl. geraubt. Die Räuber hatten der Gräfin, welche nur mit einer einzigen Dienerin zusammenlebt, das Messer auf die Brust gesetzt. Man hofft, den Thätern bald auf die Spur zu kommen, da nach den Blutspuren, welche man am Ort der That bemerkte, einer oder der andere derselben sich eine nicht unbedeutende Körperverletzung zugezogen zu haben scheint.

München, 9. April. Am 8. April hat in Straubing die Hinrichtung des Raubmörders Michael Niedermeier — die erste unter der Regierung des Königs Max an einem Civilverbrecher vollzogene — stattgefunden.

Augsburg, 8. April. (A. Z.) Der bis hierher vollendete elektrisch-magnetische Telegraph von Wien wird übermorgen der Mitbenutzung des Publikums eröffnet sein.

Karlsruhe, 8. April. (D. Z.) Markgraf Wilhelm von Baden ist mit den zeitweise vorzunehmenden Musterungen der Truppen beauftragt. An Stelle des Staatsraths v. Marschall, der bekanntlich die Wahl abgelehnt hat, ist heute der Director des evangelischen Oberkirchenraths, Freiherr v. Wöllwarth, zum Abgeordneten für das deutsche Volkshaus gewählt. Sein Mitbewerber, Bürgermeister Malsch, unterlag mit 93 gegen 119 Stimmen.

Frankfurt, 9. April. (Fr. J.) Die preuß. Bundescommissäre haben der Bundescommission die Anzeige von der am 5. und 8. April erfolgten Einverleibung der beiden hohenzollernschen Fürstenthümer in die preußische Monarchie gemacht und zugleich die Erklärung beigefügt, daß die betr. Matrikel sowie das einschlagende Contingent somit an Preußen übergegangen sei.

Hanau, 8. April. (D. Z.) Der Prozeß gegen die Mörder von Lichnowsky und Auerswald hat — wie bereits gemeldet — begonnen. Um 9 Uhr tritt der Gerichtshof, aus 5 Mitgliedern und einem Ergänzungsrichter bestehend, in den von einem sehr gemischten Publikum dicht besetzten Gerichtssaal. Der Präsident eröffnet die Sitzung mit einer kurzen Ansprache an die Geschwornen, in welcher er auf die umfassende Schwierigkeit der Aufgabe, zu der sie sich heute versammelt, und die hohe Bedeutung des Gegenstandes hinweist, auf welche die Blicke der gesammten gebildeten Welt gerichtet seien.

Während einer kurzen Erörterung über eine Formfrage in Betreff der Bildung der Sitzungsgeschworenen werden die Angeklagten eingeführt. Georg ist ein Mann von ziemlicher Größe, hager, mit schwarzem Barte und Haaren, tiefliegenden dunkeln Augen und unheimlichem Blick, er ist anständig gekleidet, nach Art der Leute seines Standes; Ludwig ist von kleiner, untersetzter Statur, langem dunkelblonden Haar, wenigem blonden Schnurr- und Kinnbart, sein Gesicht ist verlebt, seine Kleidung abgetragen, aber mit einem Anflug von Stutzerhaftigkeit angeordnet; Pflug ist sehr groß, hat eine finstere Miene, braune Haare und einen gleichen Backenbart, seine Kleidung ist ländlich. Mathias Körber, ein älterer Mann, Schneider von Profession, mit dem völligen Typus seines Handwerkes, und Ludwig Dietrich, ein junger kräftiger Steinmetz, beide gut gekleidet, machen den Eindruck von wenig begabten Männern.

Der Präsident giebt die Disposition an, nach welcher die Verhandlungen stattfinden sollen; er bezeichnet als die Aufgabe der heutigen Sitzung die Erörterung der Anklage wegen des Tumultes in Bockenheim gegen Dietrich, Gambel und Schmidt.

Was den Vorfall selbst betrifft, so wurde im Wesentlichen festgestellt, daß ein lärmender Menschenhaufe am 18. September Mittags sich vor dem Rathhaus versammelte, dort die Waffen verlangte, die sich von einer Freischaar her aus dem Frühjahr jenes Jahres daselbst befanden, und daß auf Bedrohung des Bürgermeisters die Waffen herausgegeben wurden. Ueber die Betheiligung der einzelnen Angeklagten äußern sich die Zeugen in einer nicht sehr bestimmten Weise, während sie einen früheren Judenschullehrer Burweiler als vorzüglichen Aufwiegler schildern. Da der fünfte für diesen Vorfall geladene Zeuge nicht erschienen war, so wird die Vorführung desselben auf den 15ten d. M. verordnet und also erst dann dieser Gegenstand völlig beendigt werden. Schluß der Sitzung 12½ Uhr. Nachmittagssitzung 3 Uhr; der Staatsprokurator begründet die Anklage.

Hanau, 8. April. Bei Wiedereröffnung der Sitzung erhält der Staatsprokurator das Wort. Derselbe erzählt, wie Lichnowsky und Auerswald von Frankfurt weggeritten seien, in die Hände der Bewaffneten gefallen und ermordet worden. Auerswald habe zwei tödtliche Schüsse erhalten, nach den Zeugenaussagen habe P. Ludwig den ersten Schuß abgefeuert, ob Georg den zweiten, müssen die Verhandlungen lehren; Lichnowsky mehrere Schüsse, aber nur einen tödtlichen, diesen habe Ludwig abgefeuert; Georg den ersten, Pflug einen spätern. Redner schildert nun die entsetzliche Behandlung Lichnowsky's und schließt damit, daß er Ludwig als den anklagt, von dessen sonderlicher Hand beide gefallen, Pflug der Mitthäterschaft, Georg der letztern, sowie der Anstiftung; Körber und Dietrich der untergeordneten Theilnahme. Der Staatsprocurator übergiebt endlich eine Anzahl Zeichnungen von dem Schauplatz der That, gegen welche keine Einwendungen erhoben werden. Es wird sodann zur Vernehmung der Angeklagten geschritten und zwar getrennt von einander.

Daniel Georg, nachdem die vier Uebrigen abgeführt sind, tritt mit großer Sicherheit auf und entwickelt mit geringer Unterbrechung, in fließender Rede und etwas affectirter Ausdrucksweise: er sei in Ginnheim geboren, wo sein Vater Bäcker gewesen, bei dem frühen Tod seiner Mutter von seinem Onkel in Berlin an Kindesstatt aufgenommen, erzogen, unterrichtet und daselbst confirmirt worden. Wegen Militärverhältnissen habe er zurückgemußt, habe sich verheirathet und wohne seit 1846 als Meister in Ginnheim. Auf die Leumundszeugnisse, die den Angeklagten als einen irreligiösen Menschen, einen Aufwiegler des Volkes bezeichnen, antwortet Georg in spöttischem Tone, „der Herr Pfarrer sei nicht gut auf ihn zu sprechen, er habe bei den Vorträgen desselben immer Schlaf bekommen.“ Dann erzählt derselbe weitläufig, was er am Sonntag und Montag, 18. September, getrieben, und stellt jede Betheiligung an der Tödtung in Abrede.

Darauf wird Peter Ludwig vernommen. Er erzählt: Mein Vater war Glöckner, starb vor meiner Geburt, und ich kam zu meinem Pathen, wo ich mehrmals weglief, weil er zu streng war; später kam ich 3 Jahre ins Waisenhaus in Hanau und als ich confirmirt war, zu einem Schneider in die Lehre. Wegen eines Diebstahls mußte ich die Lehre verlassen und vollendete dieselbe in Bockenheim. Auf der Wanderschaft wurde ich in Dresden wegen Diebstahls zweimal bestraft, aber auf bloßen Verdacht hin. Die Leumundszeugnisse, welche den Angeklagten als einen bösen, in der Wurzel verdorbenen Buben darstellen, dessen leichtsinniges Wesen ihn zu schlechten Streichen häufig verleitet hätte, werden vorgelesen. Sodann fährt der Angeklagte fort, es habe Allarm geblasen in Bockenheim und da habe er als Mitglied der Bürgergarde erscheinen müssen. Als Waffe hätte er einen Karabiner genommen. Hierauf erzählt der Angeklagte den Zug nach Frankfurt ebenso, wie Georg; der Zweck sei gewesen, das Parlament zu beschützen. Nach dem Auseinanderlaufen des Haufens sei er nach Bornheim zu gegangen und auf die Haide gekommen, hier hätte ein großer Haufen Menschen gestanden, an welchem er vorbei nach Bornheim sich begeben; von da zurückkommend, habe er rufen gehört „wir haben ihn,“ gleich darauf sei Schuß auf Schuß gefallen. Er sei näher nach dem Schmidt'schen Garten und an das Haus gegangen. Plötzlich hätte er wieder den Ruf „wir haben ihn“ vernommen, ein schwarzgekleideter Mann sei unter Mißhandlungen an die Pappelallee geführt worden; Escherich und er hätten denselben schützen wollen, als ihn selbst ein Schlag getroffen habe, der ihm die Besinnung genommen. Alsbald wäre wieder Schuß auf Schuß auf L. gefallen: er könne Niemanden angeben, der geschossen. Von der Haide wäre er in das Wirthshaus nach Bornheim gegangen. Der Präsident macht den Angeklagten auf das Widersprechende seiner Angaben mit dem, was er früher gesagt, aufmerksam. Auf einen speciellen Vorhalt sagt der Angeklagte, er wolle nicht widerlegen, daß er schon vor der Tödtung Auerswalds in dem Garten gewesen sei. (Schluß der Sitzung 6 Uhr.)

Darmstadt, den 8. April. (Prozeß Stauff-Görlitz. 40ste Sitzung. Anfang 10 Uhr.) Die heutige Sitzung füllte die Vertheidigungsrede des Herrn Advokaten Metz für Heinrich Stauff und Jakob Stauff aus. Nachdem der Anwalt angegeben, daß seine Klienten nur „der Begünstigung des Mords, Brandstiftung, Diebstahls“, nicht des „Vergiftungsversuchs“ angeklagt, wirft er zuerst die Beantwortung der Frage auf: Ob Mord, Brandstiftung,

---

der eine ergiebige Quelle, für ihre edlen Zwecke zu wirken, versiegen dürfte! —

Der Genannte war bereits früher wegen Betheiligung an den revolutionairen Umtrieben des bekannten Schuhmacher Haetzel in Haft. Außer ihm wurden noch drei andere Demokraten als an der Fabrikation betheiligt festgenommen. Die Entdeckung dieser Fabrik, die nur noch mehr den Verdacht bestätigt, daß bei der jetzt so überhandnehmenden Anfertigung und Verbreitung falschen Papiergeldes die demokratische Agitation die Hand im Spiel hat, — ist hauptsächlich der Umsicht und Thätigkeit des Hauptmanns der Schutzmannschaft, Herrn Patzke, zu verdanken.

— † In der Restauration Markgrafenstraße Nr. 19, bekannt durch die unter Vorsitz der Herren Assessor Gubitz und Dr. Engel abgehaltenen demokratischen Versammlungen des 61sten Bezirks, hängt sehr sinnreich über dem Platz des Vorsitzenden das Portrait Robert Blum's mit seiner Exekution.

— † Mehrere der sich aufgelöst habenden demokratischen Vereine beabsichtigen, anstatt sich unter den Einschränkungen der polizeilichen Controle und des Klubgesetzes neu zu constituiren, — in den Bezirken „Unterrichtsstunden für Erwachsene“ einzurichten, in denen alsdann, da die Firma keine politische ist und somit nicht der polizeilichen Controle unterliegt, unter Anwendung einiger Vorsichtsmaßregeln, wie das Auslegen von Papierblättchen nebst Bleistift vor den Anwesenden, Aufzeichnung einer beliebigen Figur an der Unterrichts-Tafel u. s. w. — die demokratischen Interessen in Frag- und Antwortspiel berathen werden können.

Eusele's Nachruf an Meusele.

Nach Bojarien, nach Bojarien
Zieht es Meusele den haarigen,
Wo die stillen Türken zieh'n
Und die bust'ren Kalemucken
Schweigend ihre Hände drucken
Und die Consulate blüh'n.
Chor: In Bojarien, in Bojarien
Will sich Meusele offenbarigen!

Ach Bojarien, ach Bojarien
Ist kein Weinland, wie Kanarien,
Doch die Hauptstadt Bukarest —
Und der herrlichste Tokayer
Kostet dort nur wenig Dreier
Und dazu der allerbest.
Chor: Ach Bojarien, ach Bojarien
Liebt er mehr als Literarien!

Nach Bojarien, nach Bojarien
Muß ich meine Stiefel sparigen,
Denn ich hab' kein Consulat.
Ja, wer so viel 1000 Thaler
Kriegt, der ist kein Radikaler,
Doch ein fünftes Wagenrad.
Chor: Ach Bojarien, ach Bojarien
Bist nicht Jedem Consularien!

(Aus Meusele's Nachlaß.)

—† Seit einiger Zeit hält sich hier ein Mann unter der Firma eines Uhrmachergesellen auf, der offenbar als Emissair hier fungirt. Er ist entweder geborner Pariser oder hat sich wenigstens lange Zeit in Paris aufgehalten und wohnt hier in einer Seitenstraße der Linden. Dieser Mann birgt unter einem ziemlich unscheinbaren Aeußern große Gewandtheit und Schlauheit, führt eine lebhafte Correspondence nach Paris über die hiesigen Zustände, die nicht durch die Post, sondern durch Reisende befördert wird. Auf gleichem Wege empfängt er seine Briefe. Er besucht sehr eifrig die öffentlichen Lokale und die wichtigsten öffentlichen und geheimen demokratischen Versammlungen. In letztern wirft er häufig die Maske ab und zeigt sich als gewandter und gebildeter Redner und behandelt mit großem Feuer demokratische Interessen, doch immer nur bruchstückweise, und die Debatte erregend und anreizend, der er dann aufmerksam folgt. Besuche empfängt er selten und hält seine Zusammenkünfte an öffentlichen Orten. Obgleich uns verschiedene weitre Details vorliegen, dürfte das Vorstehende genügen.

— † Gestern Vormittag besuchte eine Hausfrau in Begleitung ihres Dienstmädchens den Gensdarmenmarkt, um daselbst Einkäufe zu machen. Als sie jedoch, um diese zu bezahlen, ihre Börse ziehen will, vermißt sie dieselbe zu ihrem Schrecken. Sie war überzeugt, daß ihr die Börse (mit einem Inhalt von 7 Thlr. 14 Sgr.) auf dem Markt gestohlen sei, wollte aber sich nicht noch schadenfrohen Bemerkungen aussetzen und kehrte daher sogleich nach Hause zurück. Während sie hier unter Thränen ihrem Mann den Verlust klagt und das dabeistehende Dienstmädchen mit einstimmt, läßt die Dame zufällig ihr Taschentuch fallen und das mitfühlende Mädchen ist beeilt, es aufzuheben, — als ihm beim Bücken die vermißte Börse aus dem Brusttuch und gerade auf das Taschentuch fiel. Das Mädchen hatte seiner Frau mit kunstfertigen Fingern die Börse schon unterwegs aus der Tasche tendenzt, wahrscheinlich um die Mittel zu erhalten, ihren Hang für die Klubvergnügungen zu befriedigen.

— Wir unterließen gestern, unserer Mittheilung von der Arretirung eines Fremden in Magdeburg bei der heimlichen Aufnahme der dortigen Festungs-Werke beizufügen, daß derselbe ein württembergischer Prinz sei, — weil wir diese Nachricht für ein bloßes schmachvolles Gerücht hielten. Leider aber wird diese Nachricht von den Magdeburger Blättern bestätigt. Der Verhaftete, der erst nach großem Widerstreben seine Legitimationspapiere herausgab, wies sich als ein Herzog von Württemberg aus, Herzog Wilhelm Nicolaus, geboren den 20. Juli 1828, (Sohn des Herzogs Eugen (geb. d. 8. Januar 1788) von der Prinzessin von Hohenlohe-Langenbur) — und Officier in österreichischen Diensten. Man fand bei ihm auch den bereits aufgenommenen Plan der Fortification von Ehrenbreitstein.

§. Die Mecklenburger Verfassung steht vollständig auf dr. Kippe! Die dortigen Recht-Constitutionellen wollen nämlich (s. u. gestr. Bl.) den Dr. Kippe nach Erfurt schicken, um dort Stützpunkte dafür zu suchen.

— Am 8. April d. J. hat Execution Statt gefunden auf dem Schlosse zu Stolberg, um die Klassensteuer von der Erlauchten Herrschaft einzuziehen, zu deren Entrichtung dieselbe um so mehr verpflichtet erscheint, als dem Hause Stolberg die Steuerfreiheit durch den Deutschen Bund garantirt und durch die Krone Preußen, vermittelst Urkunde (§. 8.) vom 28. März 1836, wiederholt anerkannt ist. Gleichwohl soll die Gräfliche Herrschaft mit dem Plane umgehen, dieserhalb Preußen zu verlassen. —

Diebstahl bei dem Hauptangeklagten erwiesen, da, wenn dieser Beweis mangelt, von einer Verurtheilung der beiden Mitangeschuldigten gar nicht die Rede sein könne. Der Anwalt zeigt, wie Irrthümer bei einer so dunkeln Sache, wie die Verbrennung der Gräfin Görlitz, so leicht möglich, wie die verschiedenen medicinischen Experimente verschiedene Urtheile der einzelnen Sachverständigen bewirkt; daß aber durch alle wiederholt vorgenommenen Untersuchungen sich nur Gründe der Wahrscheinlichkeit ziehen ließen, aber keineswegs unumstößliche Gewißheit ergebe. Nach diesem Eingang geht der Vertheidiger zur Erledigung der speciellen ersten Frage: Ist die Gräfin ermordet? und ist sie durch Joh. Stauff ermordet? An alle Gründe, die für eine Ermordung der Gräfin sprechen, will der Anwalt nicht nochmals einen prüfenden Maßstab legen, da dies schon von dem Anwalte des Johannes Stauff genügend geschehen, nur drei Verdachtsgründe hebe er nochmals zur näheren Erläuterung hervor. Diese Verdachtsgründe sind schwer, aber nach dem Urtheile des Anwalts durchaus nicht hinreichend, ein so schweres Schuldig auszusprechen, wie es die Annahme des Verbrechens verdiene; denn die Geschichte zeige uns leider Fälle, wo die Gründe zur Verurtheilung viel gewichtiger, augenscheinlicher gewesen, und doch ein falsches Urtheil gefällt worden sei. Die drei wichtigsten Verdachtgründe in unsrem Falle sind nach dem Urtheile des Anwalts 1) das Fehlen der Schlüssel, 2) der am Boden liegende Schellenzug, 3) der Rauch aus dem Kamin. Aber alle Zeugenaussagen über diese drei Punkte ruhen auf Hypothesen, die sich im Einzelnen oft selbst wieder stürzen. Was den ersten Punkt, das Fehlen der Schlüssel, betrifft, so läßt sich dieser Umstand geradezu als Vertheidigungsgrund für den Angeklagten Johann Stauff anführen, denn wie sollte ein Mann, fragt der Anwalt, der, wenn er diesen Mord verübt hat, so raffinirt, ein so verschmitzter Mörder ist, die Schlüssel nach dem Morde wegnehmen? Ich komme nun, fährt der Anwalt fort, auf den zweiten Punkt, der als ein gewichtiger Verdachtsgrund zur Constatirung eines Mords erscheint: das ist der am Boden liegende Schellenzug, ich sage absichtlich der am Boden liegende, nicht „herabgerissene" Schellenzug, wie er im Anklageakt benannt ist; denn daß er herabgerissen worden, ist durchaus nicht constatirt; die Angabe des Stadtgerichts sagt, daß derselbe angebrannt gewesen sei. Präsident: „Oben" angebrannt? Adv. Metz: Dieß sagt das Stadtgericht nicht; sondern blos angebrannt, läßt also den Platz unentschieden. Der Anwalt spricht sich nun darüber aus, wie er nicht erwartet, daß der Staatsanwalt ein öffentliches Actenstück, wie das Zeugniß des Stadtgerichts, habe übergehen, für unwahr halten können. Der Vertheidiger weist auch noch den Einwurf, den man ihm machen könne, daß der Zeuge Schämbs ausgesagt, das Eisen, woran der Schellenzug befestigt war, sei oben gebogen gewesen, weßhalb ein Herabreißen des Schellenzugs anzunehmen sei, dadurch zurück, daß er ausführt, daß nicht dargethan sei, ob dieses Eisen nicht schon früher gebogen war. — Der dritte Hauptverdachtsgrund zur Constatirung des Mords, „der Rauch aus dem Schornstein", scheint dem Vertheidiger ein eigenthümliches Schicksal gehabt zu haben. Nachdem der Vertheidiger dargethan, daß aus der vorhandenen Windstille kein sicheres Zeugniß für den Punkt des Aufsteigens des Rauchs hergeleitet werden könne, macht er darauf aufmerksam, daß, wenn der Rauch aus dem vorderen Schornstein gekommen, alle Verdachtsgründe wegfallen; aber, fährt er fort, gesetzt auch, er sei aus dem hinteren Schornsteine aufgestiegen, — so ist bekannt, daß in diesen die Kamine mehrerer Zimmer münden, z. B. der des Schlafzimmers der Gräfin; kann daselbst nicht die Gräfin selbst Briefe oder dergleichen zum Verbrennen angezündet haben? Sollte auch, wie man mir entgegnen könnte, die Gräfin um die Zeit, da der Rauch erblickt ward, schon todt gewesen, so giebt auch dieß keine Gewißheit. — Der Vertheidiger get nun zur Aufstellung von allerlei Hypothesen, wobei er die Möglichkeit der Anfechtung derselben, wie diejenigen des Staatsanwaltes, durchaus nicht in Zweifel zieht; er will nur dadurch begründen, daß, da sich so viele Möglichkeiten in Einer Sache aufstellen, ein Urtheil der Geschworenen nach innigster Ueberzeugung auf „Schuldig" nicht erfolgen könne. Darauf geht der Anwalt zur Beleuchtung der schwersten Belastungsgründe über. Der erste ist: „der lange alleinige Aufenthalt des Johann Stauff an jenem Tage." Dagegen lasse sich anführen, daß er auch in dieser Zeit zweimal an Hofe gewesen, daß ein Anderer in dieser Zeit das Verbrechen begehen konnte; auch diene das Alleinsein mit als Entlastungsgrund, da ein raffinirter Mensch ein solches Verbrechen nicht begehen werde, wenn er allein im Hause ist, obwohl Andere dieses genau wissen, da sonst der Verdacht gleich auf ihn fallen müsse. Zweiter Belastungsgrund: „die beim Vater gefundenen gestohlenen Sachen." Dieser Beweis sei sehr schwach, da nicht bewiesen sei, daß die Sachen gestohlen worden; der Angeklagte behaupte, sie vom Grafen zum Geschenk erhalten zu haben; der Graf widerspreche zwar dieser Behauptung, aber sonst sei dafür kein Zeuge da. Der Graf habe nach einer früheren Erklärung vor Wiederaufnahme der Untersuchung ausgesagt, er vermisse nichts in seinem Hause; nach den vorliegenden Umständen könne der Graf eine solche Aussage später nicht wohl zurücknehmen. Der dritte Belastungsgrund sei „der Vergiftungsversuch", der den Hauptangeklagten allein berühre; unter Beziehung auf die Auseinandersetzung des Vertheidigers Emmerling, führe er folgende sieben Gegengründe an: 1) lasse sich bei einem so verschmitzten Mörder kein so schlechtes Mittel zur Vergiftung annehmen; 2) ebenso nicht, daß er in Gegenwart einer Zeugin das Gift in jenen Topf geworfen haben würde. 3) Der Angeklagte ließ nach Ertappung den Topf stehen, ohne ihn wegzunehmen und durch seine Zerstörung sich aller Verantwortung zu entziehen. 4) Er ließ sich unter Nennung seines Namens das Gift in der Apotheke von seinem Bruder holen. 5) Die Absicht des Angeklagten bei der Vergiftung soll gewesen sein: den Grafen Görlitz als Selbstmörder hinzustellen (Praslin); aber der Angeklagte wußte, daß nach dem Genuß eines Theils der Sauce auch der kleine Schiller und die zwei weiblichen Dienstboten davon genießen würden; wäre aber bei diesen Tod oder Unwohlsein eingetreten, so wäre sogleich der Verdacht des Selbstmords des Grafen hinweggefallen. 6) Die wichtige Zeugin Cyrich habe sich in mehreren Dingen widersprochen; so habe sie anfangs gesagt, es sei durch Stauff etwas in die Sauce gekommen, und bei Confrontation mit Stauff, sie wisse nicht, ob etwas in die Sauce gekommen; ob das Gläschen, worin der Grünspan war, verstopft oder offen war, ob etwas herausgefallen oder nicht; und so seien noch mehrere Widersprüche in ihren Aussagen nachzuweisen. 7) Sei es psychologisch nicht wohl zu erklären, daß Stauff den in einem Dütchen enthaltenen Grünspan in ein Gläschen gethan, da das zur Ausführung seines Verbrechens durchaus unnütz gewesen. Wenn, fährt der Vertheidiger fort, die drei Verbrechen, deren der Angeklagte beschuldigt wird, nicht erwiesen sind, so fällt die ganze Anklage gegen meine Clienten an und für sich zusammen. Aber auch im anderen Falle, so wird vom Gesetz zur Herstellung der Begünstigung eines Verbrechens verlangt Mitwissen, Hülfeleistung bei diesem Verbrechen; also bei meinen Clienten Mitwissen, Hülfeleistung bezüglich des Mordes, Brandstiftung und Diebstahls. Nach §. 91. sind aber nahe Verwandte von der Strafe des Verbrechens der Begünstigung frei, wenn sie nur gesetzliche Entdeckung und Bestrafung des Thäters zu verhüten suchen. Hätten auch die Mitangeschuldigten Ahnungen und Vermuthungen über den unrechtlichen Erwerb der Sachen gehabt, so strafe das Gesetz Ahnungen und Vermuthungen nicht. Der Vertheidiger schließt seinen Vortrag ungefähr mit den Worten: Ich habe dargethan, daß keine Mitwissenschaft stattgefunden, das Betragen der Mitangeklagten zu entschuldigen gesucht, aber ist dies auch nicht gelungen, so läßt sich daraus kein hinreichender Grund zur Verurtheilung herleiten. Von einer Begünstigung jener drei dem Haupt-Angeklagten zu Schuld fallenden Verbrechen kann also nicht die Rede sein. Unter Hinweisung auf die Wichtigkeit des Prozesses, auf dessen Ausgang die gebildete Welt ganz Europa's sieht, schließt der Vertheidiger, indem er die Geschwornen darauf aufmerksam macht, doppelt vorsichtig bei einem Prozesse von solcher Wichtigkeit im Urtheilsprechen sein zu müssen. Schluß 3/4 1 Uhr.

(Einundvierzigste Sitzung.) Anfang 3 Uhr. In der heutigen Mittagssitzung wurde Replik und Duplik der Staatsanwaltschaft und der Vertheidigung vorgebracht. Es wurde nichts Neues vorgebracht. Der Präsident schloß die Sitzung um halb 7 Uhr mit der Bemerkung, daß er wegen körperlichen Unwohlseins den Wiederbeginn der Verhandlungen bis auf Mittwoch Morgen vertagen müsse.

Dresden, 8. April. (D. A. Z.) Der Rath der Aeltesten der freien Gemeinde, dessen Vorstand der durch seine republikanischen Gesinnungen bekannte Destillateur Schmidt ist, macht heute Folgendes bekannt:

Unsere am zweiten Osterfeiertage abzuhaltende religiöse Erbauung ist verboten worden. Wir enthalten uns zu dieser Handlungsweise eines jeglichen Commentars. Unsere erste Sorge und nächste Pflicht ist es, den Mitgliedern unserer Gemeinde den Genuß, welchen wir in Gemeinschaft suchten, durch die Presse mindestens annähernd zu verschaffen, und haben deshalb die Reden und Gesänge drucken lassen. Im Uebrigen versichern wir der Gemeinde, daß wir trotz aller Gewalt und nicht zu rechtfertigender Verleumdungen das uns anvertraute Amt mit Ehre und Würde zu verwalten bestrebt sein werden. Die hohe heilige Sache, die wir zu vertreten haben, wird uns stark machen, wir haben die Wahrheit für uns, also auch den Sieg.

In neuerer Zeit haben mehrere Rücktritte aus der Gemeinde stattgefunden. — Das Elbwasser ist seit gestern um zwei Ellen gewachsen.

Leipzig, 8. April. Die Vorarbeiten wegen Eröffnung der Gewerbeausstellung sind nunmehr so weit vollendet, daß die feierliche Eröffnung den 10. d. M. stattfinden kann. Die Eröffnung für das Publikum beginnt ebenfalls am 10. d. M. von Mittag 12 Uhr an.

Altenburg, 8. April. (F. S. Z.) Wie in den zwei verflossenen Jahren die Verbrechen überhaupt sich vermehrt haben, so greift namentlich das Verbrechen des Selbstmordes in bedauerlicher Weise aller Orten um sich. Auch in Altenburg und Umgegend sind in wenigen Tagen drei derartige Fälle vorgekommen.

Hannover, 8. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer interpellirte Bueren wiederholt betreff der Vorlagen über die Süd- und Westbahn. Hr. Stüve erwiderte: Er bedauere, in diesem Augenblicke keine bestimmtere Erklärung abgeben zu können, als die, daß zwar die Arbeiten der Vollendung nahe seien, daß aber bis jetzt der Uebermittelung an die Stände ein Umstand entgegenstehe, dessen Beseitigung nicht allein in der Macht der Regierung liege, — nämlich Differenzen mit Braunschweig. (Z. f. N.)

Schwerin, 4. April. Der Kammerherr Baron Otto Henning v. Stenglin ist zum Hofmarschall bei dem Hofstaat J. K. H. der Frau Großherzogin Alexandrine ernannt.

— 7. April. Die Abgeordneten haben jetzt so ziemlich alle Schwerin verlassen und die durch die Ereignisse des 4. d. auf das Lebhafteste erregten Gemüther fangen allmählig an sich wieder zu beruhigen.

Hamburg, 7. April. (M. C.) Hamburg hat, um der Militair-Convention mit Preußen sich anschließen zu können, seinen Contrakt mit Oldenburg gekündigt, und wenn von keiner Seite Einspruch geschieht, auch nicht von der Bürgerschaft, so wird wohl schon im Laufe dieses Jahres eine Dislocation stattfinden und Hamburg preußische Besatzung erhalten (soll wohl heißen „behalten"?), wogegen das hanseatische Corps nach Preußen verlegt werden wird.

Kiel, 8. April. Heute um 10 Uhr ist die Landesversammlung bereits wieder in geheimer Sitzung zusammengetreten, und man vernimmt nur so viel, daß in Betreff der politisch-finanziellen Frage ein Abschluß noch nicht erfolgt ist.

Kiel, 9. April. Der H. C. schreibt: Wir können die bei der jetzigen Lage unserer Landessache sehr wichtige Nachricht mittheilen, daß der General v. Bonin seinen Abschied als kommandirender General der schleswig-holstein'schen Truppen erhalten und dagegen der bisherige K. preuß. Generalmajor v. Willisen (bekannt durch seine Thätigkeit als preuß. Commissar in Posen im April 1848) das Commando übernommen hat. General von Willisen, welcher nicht mehr im activen Dienst Preußens steht, also seine Kräfte unserer Sache ohne äußere Behinderung widmen kann, ist bereits gestern Abend hier eingetroffen, und heute Morgen wurde das Ereigniß hier allgemein bekannt.

Flensburg, 8. April. (H. C.) Die norwegischen Jäger, welche nach ihrer Rückkehr aus Angeln am 3. d. M. wieder ihre Quartiere zu St. Jürgens bei Flensburg bezogen hatten, sind heute Morgen unter Mitnahme ihrer Bagage nach Adelbye, Rüllschau, Munkbrarup und Grundtoft abmarschirt, um die nördliche Seite der Demarcationslinie besetzt zu halten. Dagegen sind heute Nachmittag vom Norden her wieder einige Compagnien des schwedischen Grenadier-Bataillons hier angelangt und nach St. Jürgens verlegt worden. Auch das nordschonensche Bataillon, wenigstens ein Theil desselben, hat Ordre, sich marschfertig zu halten, wahrscheinlich jedoch nur, um die Feldwache in der nächsten Nacht zu übernehmen. Der General Malmborg hält es nämlich von jetzt an für nöthig, im Süden der Stadt auf den Wegen nach Schleswig und Husum hin während der Nacht zahlreiche Wachen zu postiren. Ganze Compagnien Infanterie und eine starke Abtheilung Husaren sind zu diesem Zwecke in der verwichenen Nacht verwandt worden.

W* **Aus Holstein**, 8. April. [Zu der Versammlung von Prälaten und Ritterschaft.] Dem Vernehmen nach hatte die Schleswig-Holsteinische Ritterschaft vor nicht langer Zeit eine Versammlung gehalten, worin nach heftigen Discussionen beschlossen ward, unter Hinzuziehung der Reservetruppen, d. h. der in die Schleswig-Holsteinsche Ritterschaft nicht recipirten Rittergutsbesitzer, über eine hochwichtige politische Frage weiter zu berathen. Diese mit großem Geräusche angekündigte und von Solchen, welche eine Anbahnung des heiß ersehnten Friedens darin erblickten, so sehr gewünschte Versammlung hat nun, wie Sie wissen, am 5. und 6. d. M. zu Kiel stattgefunden und wirklich eine friedliche Lösung unserer politischen Wirren zum Gegenstande der Verhandlung gehabt. Wegen der großen Bedeutung ward am ersteren Tage eine Siebener-Commission gewählt, welcher man eine kürzere Frist als 24 Stunden zu der schwierigen und umfangreichen Arbeit einer befriedigenden Vorlage nicht glaubte bewilligen zu dürfen. Die Hälfte dieser Frist soll auch durch Conferenzen mit der Statthalterschaft in Anspruch genommen, und eine ganz besondere Thätigkeit auf beiden Seiten bemerkt worden sein. Die großen Grundbesitzer beider Herzogthümer waren in mehreren Anreden ihrer vorstehenden Mitglieder auf die hohe, ernste Bedeutung ihres Zusammentritts aufmerksam gemacht, nichts weniger als Rettung des Vaterlandes sollte von ihrem Beschlusse abhängig sein; es hieß: der letzte Hoffnungsanker des bedrängten Vaterlandes sei eine directe Verhandlung zwischen ihnen und dem Landesherrn. Deutsche und Dänische Blätter gaben mehr und weniger deutlich zu verstehen, daß ein derartiger Schritt in Kopenhagen sehr gern gesehen werde. Mit gerechter Spannung traten daher die Vertreter der adligen Damenstifter, hier Prälaten genannt, so wie die Rittergutsbesitzer nach Ablauf der oberwähnten Deliberationsfrist am 6. April, Mittags 12 Uhr, wieder zusammen und vernahmen in lautloser Stille den Vorschlag der Commission: **daß die Versammlung sich an die Statthalterschaft mit der Bitte wenden möge, daß dieselbe zur Anbahnung des Friedens eine directe Verhandlung mit dem Landesherrn versuchen möge.** Wer dafür sei, möchte sich von seinem Platze erheben, — es blieben nur zwei Mitglieder sitzen. Der große Akt war vollzogen! Eine glänzende Majorität fiel den Proponenten zu. Ein Mitglied sah man sich sofort still und geräuschlos entfernen; es mochte sich wohl zu bitter getäuscht fühlen. Ein solcher Beschluß unter solchen Umständen und von einer solchen Versammlung! Wie unglaublich und doch wahr. Wenn die Statthalterschaft nicht aller Staatsklugheit, ja aller Menschlichkeit baar ist, muß sie denn nicht fortwährend aus eigenem Antriebe den ihr von der Versammlung bezeichneten Weg betreten? Bedarf es dazu einer Aufforderung? Bisher hat der Landesherr mit der Statthalterschaft als einer in Seinen Augen revolutionairen Behörde nicht verhandeln wollen, wird er es jetzt wollen, weil die Gutsbesitzer die Statthalterschaft ersucht haben, den Versuch einer Annäherung zu wiederholen? Mit Nichten. Der große Augenblick, worin eine directe Berufung an den Landesherrn von Seiten der sämmtlichen großen Grundbesitzer nach einer verbreiteten Meinung eine Lösung der bejammernswerthen Wirren herbeigeführt hätte, er ist jetzt nutzlos verstrichen. Statt dessen hat man der Statthalterschaft ein Vertrauensvotum gestellt. War das der große Zweck der Zusammenkunft? Dem kreisenden Berge entsprang die kleine winzige Maus — Risum teneatis amici.

Ausland.

Fassen wir das bisher Gesagte kurz zusammen, so gelangen wir zu dem Resultat, daß in England noch niemals eine Constitution in dem Sinne bestanden hat, wie wir dieselbe jetzt den Franzosen nachäffen, daß vielmehr das, was wir nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch die englische Verfassung nennen, Nichts ist als das Skelett eines lebendigen, lebensvollen Organismus, dessen Blut und Nerven Sitte und Religion, und dessen Sehnen und Muskeln freie Menschen und freie Gemeinden. Es kann deshalb nur wenig befremden, wenn die Revolution sich in England zunächst darauf beschränkt, die englische Verfassung in eine französische Constitution zu verwandeln, und hier wie dort die historischen Grundlagen des Staatsgebäudes in ihre Atome zu zerschlagen. Nicht daß die Revolution in England dabei stehen bleiben wollte, doch sie weiß, daß sie des wohlausgesonnenen Mechanismus einer Constitution nicht entbehren kann, um das Endziel ihrer Bestrebungen zu verhüllen und die Völker zum Selbstmord zu reizen. Daher die Anfänge einer constitutionellen Centralisation, daher das Bestreben, die Zahl der Wähler aus den Kreisen der liberalen Bourgeoisie zu vermehren, daher endlich der Chartismus, der Nichts ist als die englische Uebersetzung der französischen Lehre von der Volkssouverainetät. Wird es Alt-England gelingen, dieser Elemente Herr zu werden, und welches ist der Weg, der zu jenem Ziele führt?

Frankreich.

** **Paris**, 8. April. Die gesetzgebende Versammlung debattirt etwas schläfrig und sehr friedlich über die Paris-Avignoner Eisenbahn, auf Herrn v. Lamartine's Antrag wird die Debatte vertagt. Nie herrschte solche Zerrissenheit, solche Unbestimmtheit in den höheren politischen Kreisen als eben jetzt. Jedenfalls hat die Regierung eine schwere Niederlage in der italischen Politik erlitten, denn es ist wohl kein Zweifel mehr, daß der Papst nicht nach Rom, sondern nach Bologna (vielleicht auch nach Livorno) geht und dort, dicht umringt von österreichischen Bajonetten, dem französischen Einfluß ganz entzogen ist. Dahin sind also die Bemühungen unserer Diplomatie, den Papst zur Rückkehr nach Rom zu bewegen, ausgeschlagen. Indeß, die Nachricht ist noch nicht officiell und in Italien springt der Wind oft um. Uebrigens kursiren heute die wunderbarsten Gerüchte und eins derselben das in einer Pariser General-Correspondenz erwähnt wird, läßt den Papst gar vergiftet zu Terracina am Tode liegen. Von alle dem Gerede ist bis jetzt nur gewiß, daß der Papst wirklich Portici verlassen hat. Gegen die Wahl Fernand Foy's findet eine förmliche Schilderhebung statt, es scheint jetzt keiner Partei mehr recht zu sein.

Die Commission für die neuen Preßgesetze versammelte sich heute wieder, aber das Resultat der Berathung war kein anderes als das frühere, die Commission kann sich nicht zu einer Erhöhung der Cautionen verstehen. Mehr in Einklang mit der Regierung ist die Commission für die neuen Clubbgesetze, doch soll der Rapport nicht vor dem 28. April erstattet werden, das Ministerium denkt mit den bestehenden Gesetzen bei dieser Wahl auszureichen.

Die Ligitimisten werden sich am 28. April der Wahl gänzlich enthalten und wie es scheint werden größere und kleinere Fraktionen der Majorität diesem Beispiele folgen.

Der Finanzminister Achille Fould soll ein Gesetz über die Einkommensteuer vorbereiten.

Durch einen Tagesbefehl des Generals Gemeau sind folgende Brochüren verboten worden, aus deren Titeln man so ziemlich auf ihren Inhalt schließen kann: Jesus Christus vor dem Kriegsgericht von Meunier; die Propaganda, das ist die Revolution; keine Steuern mehr!; der Hirt von Kraran von Eugen Sue; zwei Tage Todesurtheil.

Wie die französische Industrie alles auszubeuten versteht, das beweist eine Reclame des Direktors des Theaters de la Gaité, in welchem gerade ein Stück, betitelt Lesurques, gegeben wird, die in riesengroßen Lettern dem Publikum anzeigt, daß die gesetzgebende Versammlung so eben eine Commission von 15 Mitgliedern ernannt habe, um den Prozeß Lesurques zu revidiren und sei Herr Laboulie Berichterstatter der Commission.

Die Legitimisten haben bei der gestrigen Vicepräsidenten-Wahl wirklich die Großmuth der Orleanisten verschmäht und alle für Herrn v. Lasteyrie gestimmt, der denn auch wirklich heute proclamirt worden.

Die neue Brochüre des Herzogs v. Valmy: De la force du und droit? du droit de la force ist so eben erschienen.

Der berühmte Botaniker Decandolle der Jüngere ist vom Ministerium des öffentlichen Unterrichtes nach Paris berufen worden, um einen Lehrstuhl der Botanik zu übernehmen. Er hat bereits seinen bisherigen Aufenthaltsort Genf verlassen.

Der mit dem Oberbefehle in den Westdepartements bekleidete General Castellane ist auf einer Rundreise zu Rochefort, La Rochelle und an anderen Orten von der Bevölkerung, der Nationalgarde und den Truppen aufs Beste empfangen worden; zu Niort jedoch soll ein Theil der Bevölkerung, und namentlich die Artillerie der Nationalgarde, sich feindselige Kundgebungen erlaubt haben.

Das neue Drama von Lamartine, Toussaint-Louverture, welches gestern zum ersten Male im Theater des Thores St. Martin gegeben ward, hat ziemlich vielen Beifall gefunden und am Schlusse wurde der Dichter gerufen. Alle literarischen und politischen Bedeutendheiten wohnten der Aufführung bei.

Die Polizei hat vergangene Nacht in berüchtigten Häusern an den Barrieren eine Menge früherer Verbrecher und sonstiger schlechten Subjecte aufgegriffen. Die Säuberung der Hauptstadt von dieser Menschenklasse wird jetzt eifrigst betrieben.

Aus Toulon wird gemeldet, daß in Kurzem ein ansehnlicher Theil unserer noch im Kirchenstaate befindlichen Truppen zurückkehren und nur eine Division von 12,000 Mann dort so lange zurückbleiben werde, bis die päpstliche Regierung die Errichtung ihrer Fremden-Legion vollständig zu Stande gebracht habe.

Ed. Biot, das kürzlich verstorbene Mitglied der Akademie der Inschriften, hat eine Uebersetzung des Tscheouli hinterlassen, eine Beschreibung des chinesischen Staats im 12. Jahrhundert vor Chr. Bei seinem Tod fand sich der erste Band und der Anfang des zweiten gedruckt vor, und die Handschrift in hinlänglicher Ordnung, daß damit fortgefahren werden kann.

Großbritannien.

* **London**, 8. April. Am Sonnabend starb der Vorsitzende der ostindischen Compagnie, General Sir Archibald Galloway, Commandeur vom Bath-Orden, im 74sten Jahre seines Alters.

Trotz des anscheinenden Mißlingens ihrer Strebungen verlieren die Protectionisten den Muth noch nicht, sie halten Meeting auf Meeting und bekämpfen die Korngesetze auf alle Weise. Wie einst sich eine Ligue formirte, deren Mitglieder Monate lang keinen Zucker zu ihrem Kaffee oder Thee nahmen, um die sclavenhaltenden Pflanzer Westindiens zu zwingen, die Sclaven-Arbeit aufzugeben, so formirt sich jetzt eine Ligue gegen die Fabrikanten Englands, eine Ligue gegen die Baumwolle. Bei dem letzten Meeting zu Pontrefact nahm Ferrand, ein Protectionist von altem Schrot und Korn, das Wort und ließ sich also vernehmen: „Zu Gunsten von 600 Manufacturisten in Lancaster will die Regierung die Landeigenthümer und Pächter ruiniren. Wir wollen das nicht leiden, wir wollen eine Ligue formiren gegen die amerikanische Baumwolle zu Gunsten der Leinwand von Altengland. Wir sind 200,000 Landeigenthümer, 700,000 Pächter, 3,000,000 Ackerleute und Arbeiter, verpflichten wir uns auf unsere Ehre, keine Baumwolle mehr zu tragen. Brauchen wir denn Baumwolle? Unsere Großmütter hatten keine. Sie trugen Kleider, schöne Kleider, von guter altenglischer Wolle, von guter Leinwand von Alt-England. Seit 70 Jahren erst kennen wir diesen vermaledeiten Stoff. Jetzt ist damit Alles überschwemmt. Baumwolle oben, Baumwolle unten, Baumwolle überall. Setzen wir die Baumwolle auf die Liste der verbotenen Waaren, thun wir das nur 2 Jahre, so sollen uns die Manufacturisten von Lancaster bald flehentlich um Gnade bitten." Die Ligue gegen die Baumwolle organisirt sich überall. Natürlich finden verschiedene Blätter diese Strebungen lächerlich, aber der Engländer hat durch seine Beharrlichkeit schon Manches, was Anfangs lächerlich schien, möglich gemacht.

Der Dampfer „Bulldogg" ist von der Rhede von Salamis in Plymouth angekommen, um abgetakelt zu werden.

Aus den jetzt bekannt gewordenen Listen der Mannschaft und Passagiere des am 30. März an der Mündung der Themse total verunglückten Dampfschiffes „Royal Adelaide" geht hervor, daß dieser Unglücksfall 206 Personen, worunter die Mannschaft des Schiffes von 25 Personen, das Leben gekostet hat. Das Unglück ereignete sich auf der Höhe von Margate, am sogenannten Tongue-Sand, einer zungenförmigen Sandbank. Das Schiff feuerte Nothschüsse, die in dem Geheul des Sturmes am Strande nicht gehört werden konnten, deren Blitze aber der Wächter auf dem Tongue-Light-Beacon-Ship sah. Am Sonntag Morgen sah man einen Mast von dem Wrack emporragen, bald verschwand aber auch dieser, und die vielen kleinen Barken, welche nun in See stachen, um wo möglich noch zu retten, fanden keinen der Passagiere, fischten aber vieles umherschwimmende Passagiergut auf, das sie nach Margate, Ramsgate und andern Küstenpunkten brachten. Es war einer der fürchterlichsten Stürme, die seit lange die Dünen heimgesucht, und nicht weniger als 50—60 Küstenfahrzeuge gingen in dieser Nacht verloren.

Die Eisenbahnbauten stocken fast im ganzen Lande. In diesem Monate sind im Ganzen nur 300,000 Pfd. zur Einzahlung eingefordert worden, während vor 2 Jahren noch monatlich gegen 3—4 Mill. für Eisenbahnbauten in Anspruch genommen wurden.

Italien.

Neapel, 25. März. Zu der französischen Flotte, welche unsern Hafen jetzt belebt, erwarten wir täglich die englische. General Filangieri ist nach Sicilien zurückgekehrt. Man trägt sich im Publikum noch immer mit der Erwartung, daß, auf die Loyalitätsadressen zweifelhaften Ursprungs hin, die Verfassung auch der Form nach aufgehoben werden soll.

Turin, 2. April. Der Senat hat durch eine Deputation sowohl dem Könige, als dem Herzog von Genua Glückwünsche zur bevorstehenden Verbindung des letztern mit der Prinzessin von Sachsen überbringen lassen. Sowohl der König als der Herzog empfing die Deputation sehr anerkennend. Der letztere gedachte in seiner Dankeserwiderung besonders, daß jene Heirath bereits von seinem Vater „unsterblichen Angedenkens" eingeleitet und beschlossen worden.

Spanien.

V **Madrid**, 2. April. Man hat hier im Allgemeinen einen großen Respekt vor Preußen und auch eine gewisse Vorliebe für Ihr Vaterland, der Respekt schreibt sich aus den Zeiten des alten Fritz her, der hier bekannter ist als man denken sollte, die Vorliebe aber aus den Napoleonischen Zeiten. Deutsche aller Stämme kämpften dazumal unter Napoleons Fahnen gegen Spanien, nur keine Preußen. „Sie waren nie unsere Feinde!" das kann man oft hören und nicht nur in der Hauptstadt, sondern viel mehr noch an den Seeplätzen, deren Handelsverkehr mit Preußen noch weit stärker sein könnte als er wirklich ist, obwohl sich nicht läugnen läßt, daß er täglich bedeutender wird. Als gestern die hiesigen Zeitungen die Abberufung des preußischen Gesandten aus Stuttgart meldeten hörte man allgemein den Ausruf: „ja, ja, der Preuße läßt sich nichts gefallen und Respekt vor den preußischen Soldaten!" Denn die Württemberger sind hier nur unter dem Namen der Schwaben bekannt. Alle Gerüchte von Ministerveränderungen sind falsch, auch ist es nicht richtig, wenn man behauptet, Ihre Majestät die Königin werde einen Regenten während der Dauer ihrer Niederkunft ernennen. Es soll damit so gehalten werden wie am Königl. portugiesischen Hofe, wo man bereits Erfahrung in diesen Fällen hat und wo immer der Minister-Präsident die laufenden Geschäfte besorgt. Gestern sind die neuernannten Generalcapitaine von hier abgereist; General Ortega nach Valencia, General Urbistondo nach den Philippinen, General Serrano nach Jaen, General Prim nach den Canarischen Inseln.

Madrid, 2. April. Der König ist nach Aranjuez abgereist, um einem großen Empfange zum Namenstage seines Vaters auszuweichen.

Der Prinz und die Prinzessin von Joinville haben sich in Cadix nach England eingeschifft. In Folge dessen ist der brasilianische Gesandte, Cavalcante de Albuquerque, wieder nach Madrid zurückgekehrt.

Schweiz.

B* **Bern**, 7. April. [Noch zu den Arbeiter-Vereinen.] Bekanntlich wurden, den radikalen Blättern zufolge, bei der Beschlagnahme der Papiere der Arbeiter-Vereine in der Schweiz „nichts als Liebesbriefe" gefunden. Der Bundesrath veröffentlicht nun, wie Sie schon wissen, einen Bericht über die Ergebnisse aus diesen Papieren und rechtfertigt damit die Ausweisung von mehr als 500 Arbeitern. Ich gebe Ihnen hier einen Auszug aus diesem Bericht, wie ihn die halbofficielle Bundeszeitung giebt, und einige wörtliche Excerpte aus dem Original.

„Seit der Entwickelung des deutschen Revolutionswesens nahmen die Vereine immer mehr den Charakter von Klubbs an, um die deutschen Kräfte in der Schweiz zu organisiren; man zwang die „honetten" Gemäßigten zum Austritte. Manche nahmen an den Kämpfen des Jahres 1848 Theil und kehrten, um sich von Neuem vorzubereiten, wieder zurück. In den Akten kommen daher nur politische Verhandlungs-Gegenstände vor; auch der Lese- und Singstoff nahm dieselbe soziale und revolutionaire Richtung an. Der Briefwechsel spricht dieselbe Stimmung aus. 1849. a) Der Verein von Lausanne an den Verein von Bern möchte am Neujahr eine schwarze Fahne, um sie nachher mit einer rothen zu vertauschen. b) Der Schaffhauser an den Genfer räth: mehr im Geheimen zu arbeiten und die rechten Einrichtungen schon vorher zu studiren, nicht daß man, wenn man die Republik habe, erst anfangen müsse, zu revolutioniren. c) Der Basler an den Berner: „Die Arbeiterkolonnen müssen organisirt werden, damit man nicht wieder, wie schon so oft, auf halbem Wege Halt mache." d) Der Zürcher an den Schaffhauser: „Wenn der erste Ruf an uns ertönt, so werden wir auch nicht zurückbleiben und fänden einen geregelten Freischaarenzug für das Beste." An einem Vereinsfeste in Basserstorf habe er beschlossen: die Sache der Freiheit gegen alle Fürsten- und Bourgeoisiegelüste „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln" zu unterstützen. 1850. e) Der Zürcher an den Genfer: stimmt zu einem Kongresse: „die Zeit ist kostbar; wenn uns eine Revolution, die wir recht bald hoffen, überrascht, so wird auch dann Niemand seinen Posten wissen." f) Der Zürcher an den Luzerner: die zweimalige wöchentliche politische Diskussion und der „Völkerbund" bilde ihn zur Revolution vor: „denn wir müssen uns einzig auf uns verlassen." g) Aehnlich an den Schaffhauser. 1848. h) Der Freiburger an den Burgdorfer: „in der Schweiz liegen uns keine Ketten am Halse; darum lasset uns wirken mit der Aufopferung unser aller Leben, daß wir jenes Echo (vom Rufe der deutschen Republik) zu so kräftigem Schalle bringen, vor dessen Anprellen alle Paläste der Bluthunde und Tyrannen zusammenstürzen müssen." „Wir müssen vorzüglich die deutsche Lauheit fahren lassen und unerschrocken vorwärts zum Kampfe schreiten und der Standhaftigkeit Heckers folgen ꝛc. Darum nur vorwärts; Rache sei unsere Stimme!" i) Aehnliches an den Luzerner. 1849. k) Der von Fleurier an den Berner Centralverein verspricht statt Geld sein Leben. Und so eine Masse anderer Briefe."

Hier der Bericht, in welchem Sie z. B. bemerken, daß es auf die Bourgeoisie nicht weniger als auf die Fürsten abgesehen war.

Nun einige Details. Bei den Papieren des Vereins von Luzern findet sich ein Instructions-Entwurf für den Abgeordneten der deutschen Arbeiter-Vereine in der Schweiz zum Arbeiter-Parlament in Berlin, unterzeichnet: „Bern, den 14. August 1848. Der Bernerverein, dessen Präsident: Dr. Gepögger." Nach einer langen Instruction über verschiedene organische Einrichtungen schließt der Entwurf wie folgt:

„Dies im Einzelnen der Sache beim Arbeiter-Parlament. Betreffend Haupt-Ansichten über eine republikanische Staats-Einrichtung:

Die künftige republikanische Staats-Einrichtung in Deutschland wollen wir nie als vollkommen anerkennen,

a) So lange irgend ein Beamter höher besoldet ist, als ein Arbeiter durchgängig verdient;

b) so lange nicht alle Staatsbeamte gleichbesoldet sind;

c) so lange nicht die groben Arbeiten, wie Straßenbau, Wasserbau, Eisenbahn- und Kanal-Arbeiten, gleichbesoldet sind, wie die Arbeiter durchgängig bezahlt werden;

d) so lange nicht Grundbesitz Staats-Eigenthum ist;

e) der Staat soll die Erziehung der Jungen unentgeltlich übernehmen. In den Schulen darf kein Religions-Unterricht gelehrt werden, indem die Jugend erst in reiferem Alter sich darüber soll aussprechen können, ob dieselbe sich einer Religionsgesellschaft anschließen will oder nicht, und welcher?

f) die Religionslehrer sollen von der Gemeinde besoldet werden und zwar so lange jemand im Staat geduldet wird von denjenigen Gemeinden, welche einen solchen Lehrer haben wollen.

(Der Unglaube ergreift also die Offensive.)

g) Es dürfen im Staat keine Zölle erhoben werden, sondern alle Staats-Ausgaben durch Erhebung einer Progressivsteuer von Kapital und Vermögen und durch Erbschaftssteuer bestritten werden;

h) aller Handel soll Staatssache sein, doch darf der Staat kein Geldgeschäft daraus machen, sondern die Sachen so wohlfeil verkaufen, daß nur die ausgelegten Gelder nebst Zinsen herauskommen;

i) alle stehenden Heere müssen abgeschafft und Milizen eingeführt werden;

k) es darf im Staat kein Geschäft ausgeführt werden, wodurch ein Bürger sich auf Unkosten seiner Mitbürger bereichern kann u. s. w.;

l) Vermögen darf nur in Geld gesammelt werden. Ebenso dürfen die Bürger das Geld niemals an ihre Mitbürger gegen Prozente ausleihen, sondern müssen dasselbe in die Staatsbank gegen zu bestimmende Prozente einlegen, von wo es die Bürger in Proportion ihrer Betriebskosten beziehen."

Bern, den 5. April. Die heutige Sitzung des Nationalraths war von Interesse durch die Eröffnungsrede des Präsidenten, Dr. Escher, in welcher er einen Rückblick wirft auf die Ereignisse seit der letzten Sitzung. Er sagt: „Bezüglich des Auslandes hatte es den Anschein, als wollten zwei Großmächte eine drohende Stellung gegen die Schweiz einnehmen. Keinem Einsichtsvollen ist es zweifelhaft, warum die Schweiz der europäischen Reaction ein Dorn im Auge: ihre Existenz als kräftiger Freistaat wird gehaßt und soll vernichtet werden. Wie wir uns gegen das Ausland zu benehmen haben? Der Präsident wiederholt nur sein früheres Wort: keine Einmischung in fremde Händel, aber feste Wahrung der Selbstständigkeit. In der Völkersolidarität liegt ein hoher Sinn. In dem Gedanken der Völkersolidarität liegt einer der schönsten Fortschritte der Neuzeit; sie gewährt dem Erlegenen noch den einzigen Trost! Aber die Art, wie dieser Gedanke auf die Schweiz angewendet wird, ist zu tadeln; die Ansicht, als sei die Schweiz eine Festung, aus der immer ein kampfgerüstetes Heer ausgehen und in die es sich wieder zurückziehen könne, ist falsch. Für die Schweiz ist die Befolgung einer solchen Politik unmöglich, der Selbstständigkeit gefährlich, die Gefahr in keinem Verhältnisse zum Nutzen. Durch die Macht des Beispiels soll die Schweiz wirken. Unser Alpenland sei der Hochaltar der Freiheit, diesen heilig zu halten, unsere Aufgabe. Nur dann kann aus dem europäischen Freiheitsaltar ein allgemeiner Freiheitstempel werden. So dient die Schweiz der europäischen Demokratie, aber auch sich selbst.

Birsfeld, Kanton Basellland, 1. April. (Nat.-Ztg.) Heute wurde der bekannte Joh. Philipp Becker, Bürger von Biel im Kanton Bern, unter Polizeibedeckung von Basel her bis an die Grenze gebracht. In dem Laufpaß, den er erhielt, hieß es: „Ausgewiesen wegen früherer politischer Umtriebe gegen das Ausland." Ferner stand noch folgendes Notabene darunter: „Dem Inhaber ist angezeigt worden, daß er auf Wiederbetreten mit Transport-Befehl wird abgeführt werden."

Lauffen, den 4. April. Heute versammelten sich dahier sämmtliche Schullehrer des Lauffenthals, 15 an der Zahl, um zu berathen, ob und welche Partei für die entscheidenden Wahlen am 5. Mai zu ergreifen sei. Der einmüthige Beschluß ging dahin, daß das intellectuelle Interesse der Schule wie das persönliche der Schullehrer dringend erfordere, den Radicalismus mit Wort und That zu unterstützen!!

Niederlande.

§. **Grafenhaag**, den 8. April. Se. K. H. der Kronprinz von Schweden und Norwegen werden am 20. hier erwartet und im Hotel Bellevue absteigen, wo allbereits die Zimmer in Bereitschaft gesetzt werden.

Ihre Majestät die Königin haben heute den Dr. K. Gützlaff, bekannt als Missionar in China, in besonderer Audienz zu empfangen geruht.

Zur Feier des 26. Geburtsfestes Ihrer K. H. der Frau Erbgroßherzogin von Sachsen-Weimar-Eisenach, Schwester S. M. des Königs, wurde heute von der Garnison der Hauptstadt eine große Parade abgehalten.

Das Handelsblad zeigt an, daß mehrere Beamte des Königl. Hauses für mehrere Monate suspendirt worden. Diese strengen Maaßregeln sind die Folgen des Systems der strengsten Sparsamkeit, welches jetzt bei der Königl. Hofhaltung eingeführt worden ist.

Die zweite Kammer der Generalstaaten wird am 15. April ihre Arbeiten wieder beginnen.

Das „Zondagsblad" zeigt an, daß im Fall einer minderjährigen Regierung der Prinz Heinrich, Bruder Sr. Majestät des Königs, die Regentschaft übernehmen werde.

Griechenland.

Athen, 26. März. Unsere Lage hat sich seit acht Tagen in nichts geändert. Die Engländer in Salamis, Baron Gros in Athen, die Aussicht auf beschneite Berge und die Hoffnung auf eine baldige Lösung des verwickelten Knotens bilden unsere Wirklichkeit. Aus Vrachori wird uns unterm 16. März geschrieben: In Vitini und in Groß-Tournawo (in Epirus) knüpften drei Türken zwei hohe und eine große Anzahl niedere griechische Geistliche auf. Ueber den Grund dieser osmanischen Heldenthat keine Andeutung! In Folge der Gefangenschaft der griechischen Kriegsschiffe, deren fast einzige Aufgabe früher die Verfolgung der Seeräuber war, hören wir von mehreren Seiten des Archipelagus, daß die Seeräuberei auf eine erschreckende Weise zunehme. Dies ebenfalls ein Geschenk Lord Palmerstons für den europäischen Handel, besonders den österreichischen! Aus Cephalonien erfahren wir, daß die Wahlen zur Deputirten-Kammer drei Tage hindurch mit der größten Ruhe vor sich gegangen sind. Die Wahl fiel nur auf Männer, welche wegen ihrer nationalen Gesinnungen — d. h. wegen ihres Wunsches, die jonischen Inseln mit Griechenland zu vereinigen — in Korfu gefangen sitzen oder als Verbannte in Griechenland leben. Die Zahl der Gewählten beträgt vierzehn, die sich durch Bildung und Besitzthum auszeichnen. Als das Resultat auf der Insel bekannt war, strömte das Volk in die Stadt und erging sich in stürmischen Beifallsbezeugungen. Auf der Insel Zante sind die Wahlen in demselben Sinn ausgefallen. (A. Z.)

Athen, 2. April. (Ueber Triest.) Die Lage der Dinge ganz unverändert. Der König weigert sich, in Unterhandlung zu treten. Eine zweite Conferenz hat am Bord der „Vedette" zwischen dem französischen Unterhändler Baron Gros und dem Repräsentanten Englands, Sir Thomas Wyse stattgefunden, aber zu keinem Resultate geführt. Es gehen Gerüchte von einem Ministerwechsel.

Moldau.

Bukarest, 26. März. Der zum wirklichen Staatsrath erhobene hiesige russische General-Konsulats-Verweser, Herr v. Kotzebue, ist von hier abberufen worden. Aus zuverlässiger Quelle kann angezeigt werden, daß an dessen Stelle der Legationsrath in Konstantinopel und Staatsrath Chaltschinsky zum wirklichen russischen General-Konsul hierher, dagegen der Staatsrath Osseroff zum Legationsrath in Konstantinopel ernannt worden ist. Hr. v. Kotzebue tritt ins asiatische Departement des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten in St. Petersburg ein. Nun hat auch Oesterreich seiner hiesigen Agentie den Zuwachs der Würde eines General-Konsulats gegeben, und so dürfte es wohl nicht lange mehr anstehen, auch das Königlich preußische General-Konsulat, welches bisher seinen Sitz in Jassy hatte, hierher verlegt zu sehen. (Const. Bl. a. B.)

Literarisches.

Preußens deutsche Politik, die Dreifürstenbünde 1785, 1806, 1849 von Dr. W. A. Schmidt, außerordentlicher Professor an der Universität zu Berlin.

Es verdient Anerkennung, daß Herr Schmidt der Gegenwart die Bestrebungen in Erinnerung gebracht hat, die bereits versucht sind, um aus Deutschland mehr zu machen, als es zu den Zeiten der gedachten Versuche war. Herr Schmidt giebt ein recht gutes Bild von dem, was theils für die Aufrechthaltung der Reichsverfassung, theils für Einheit und Freiheit gethan worden ist, und zeigt, daß das Gethane — keinen Erfolg gehabt hat. Er schiebt die Schuld auf die Fürsten und giebt nicht undeutlich zu verstehen, daß die deutsche Nation ihren Drang nach Einheit zuletzt durch die Republik befriedigen werde, wenn die Fürsten fortfahren sollten, Deutschland, wie bisher, einen Zankapfel dynastischer Interessen (Seite 153) sein zu lassen, weil (Seite 152) Jedermann wisse, daß die Republik wenigstens keine Gegnerin der Einheit sei. Herr Schmidt kennt hiernach eine deutsche Nation, weiß, daß bei allen früheren Einheits- und Sicherheits-Bestrebungen nur dynastische Interessen zum Grunde gelegen haben, und glaubt, daß durch eine Form, die Republik, Einheit oder ein geistiger Zusammenhang geschaffen werden können!!!

Herr Schmidt hätte auf dem Titelblatte nicht zu sagen brauchen, daß er ein Doktor und Professor ist, denn seine unpraktische Anschauungsweise würde Jedem den deutschen Professor verrathen haben.

Ich meine, daß unsere Fürsten so gut, wie wir selbst, Preußen, Sachsen, Würtemberger u. s. w. sind, und daß es nicht an den Fürsten und an den Völkern, d. h. nicht an dem guten Willen beider liegt, wenn Deutschland in seiner politischen Entwickelung keine Fortschritte macht, sondern ich meine, daß diese Schuld lediglich die Wissenschaft trägt.

Es fehlt uns an Staatsmännern, die Religion haben, die das, wozu der Mensch auf der Welt ist, von dem Tand des Lebens zu unterscheiden wissen, es fehlt unsern Regierungen deßhalb, den constitutionellen, wie den nicht constitutionellen, die richtige Leitung. Deßhalb giebt es Professoren, die so unklare Vorstellungen über Freiheit und Einheit haben, als Herr Schmidt, und die so revolutionär sind, als er.

Der erste Schritt zur Freiheit ist der aufrichtige Wille, unsern Willen dem Willen Gottes zu unterwerfen, der zweite die richtige Erkenntniß dieses Willens und der dritte und letzte, die gewissenhafte Anstrengung, ihn zu befolgen.

Wenn die Professoren diesen Weg der Freiheit gehen gelernt und das, was sie noch lernen müssen, der Jugend gelehrt haben werden, dann wird für Deutschland der langersehnte Tag der Freiheit und Einheit anbrechen. Früher nicht.

Magdeburg, den 4. April 1850.

Friede wollt' er Sperling,
Regierungs-Rath und Rittergutsbesitzer.

Woll-Berichte.

Kanischa, 2. April. In Einschur wird fortwährend für die herannahende Schur theuer kontrahirt, und zwar zu solchen Preisen, die in keinem Verhältnisse zu denen stehen, die man für liegende Wolle erreichen kann. Vor einigen Tagen sind mehrere kleine Partien Somogyer Wollen besserer Gattung bis 115 Fl. pr. Ctr. für das Ausland geschlossen worden. Von Grenzer Zweischur steht noch Einiges frei und wird auf 56 — 57 Fl. festgehalten.

Eisenbahn-Anzeiger.

Wilhelmsbahn.

März-Einnahme bei 4774 Pers. u. 61,706 Ctr.	9245 Rt.	21 Sgr.	3 Pf.
Januar- und Februar wurden eingenommen	17983 Rt.	19 Sgr.	— Pf.
also in den 3 Monaten zus.	27229 Rt.	10 Sgr.	3 Pf.
in denselben 3 Monaten 1849	17797 Rt.	15 Sgr.	— Pf.
also d. J. mehr	9431 Rt.	25 Sgr.	3 Pf.

Breslau-Schweidnitz-Freiburg. März-Einnahme bei 10,796 Pers. und 90,689 Ctr. 11,191 Rt. 26 Sgr. 7 Pf.

Inserate.

(Für den folgenden Theil der Zeitung ist die Redaction nicht verantwortlich.)

Familien-Anzeigen.

Verlobungen.

Frl. Isidore Jonas mit Hrn. Baumeister Berndts hies.; Frl. Recha Cronegk mit Hrn. Prediger Dr. Apolant zu Potsdam; Frl. Elwine Steffenhagen mit Hrn. Prediger Hasenjäger zu Glietzig; Frl. Marie Saling mit Hrn. Oberlieut. Puscher zu Dresden; Frl. Julie Haase mit Hrn. App.-Ger.-Referendar Masche zu Stettin.

Verbindungen.

Hr. Julius Bechtold mit Frl. Therese Müller hies.; Hr. S. Abel mit Frl. Julie Cohn hies.

Geburten.

Ein Sohn dem Hrn. A. Graul hies.; eine Tochter dem Hrn. Postsekretär Göcke in Liegnitz.

Todesfälle.

Den am 9ten d. M. von der Unterleibsschwindsucht erfolgten Tod meines geliebten Mannes, des Königl. Seconde-Lieutenants im 1. Garde-Regiment zu Fuß, Bathold v. Witzleben, zeige ich hierdurch entfernten Verwandten und Bekannten statt besonderer Meldung tief betrübt an.

Potsdam, den 10. April 1850.

Clara v. Witzleben,
geb. v. Werder.

Hr. Lieut. v. Steuben hies.; Hr. Gottlob Domschke hies.; Hr. Candidat u. Schulvorsteher Siemon hies.; Hr. Gürtlermeister Schäfer hies.; Hr. Albrecht Mittmann zu Freistadt; Hr. Oberst Graf von Westarp zu Freywaldau; Adolph Brandes zu Perleberg.

Königliche Schauspiele.

Donnerstag, den 11. April. Im Schauspielhause, 64ste Abonnements-Vorstellung: Phädra, Trauerspiel in 5 Abtheilungen, von Racine, übersetzt von Schiller. Hierauf: Eigensinn, Lustspiel in 1 Akt, von R. Benedix.
Anfang halb 7 Uhr.

Freitag, den 12. April. Im Opernhause, 45ste Abonnements-Vorstellung: Die Willys, phantastisches Ballet in 2 Abtheil., Musik von Adam. Vorher: Das Versprechen hinterm Heerde, Scene aus den österreichischen Alpen, mit National-Gesängen, von A. Baumann.
Anfang halb 7 Uhr.

Sonnabend, den 13. April. Im Schauspielhause, zum ersten Male: Was Ihr wollt.

Königstädtisches Theater.

Donnerstag, den 11. April. Julerl, die Putzmacherin. Hierauf: Das war ich!

Freitag den 12. April. Der Stumme und sein Affe. Vorher: Die Leib-Rente.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.

Freitag, den 12. April. Zum 7ten Male: Faustin I., Kaiser von Hayti. Originalposse mit Gesang in 4 Akten nebst einem Vorspiel: Die Europamüden, von L. Feldmann und Bertram.
Anfang 6½ Uhr.

Sonnabend, den 11. April. Gastspiel des Hrn. Christl, vom ständischen Theater zu Grätz: Der böse Geist Lumpacivagabundus, Zauberposse mit Gesang in 3 A., von J. Nestroy. („Zwirn": Hr. Christl als erste Gastrolle.)

Börse von Berlin, den 11. April.

Wechsel-Course.

Amsterdam	250 Fl.	kurz	142⅞ B.
do.	250 Fl.	2 Mt.	142⅜ B.
Hamburg	300 Mk.	kurz	151 bez.
do.	300 Mk.	2 Mt.	150⅞ bez.
London	1 Lst.	3 Mt.	6. 26 bez.
Paris	300 Fr.	2 Mt.	81 bez.
Wien in 20 Fl.	150 Fl.	2 Mt.	86⅞ bez.
Augsburg	150 Fl.	2 Mt.	102⅞ B.
Breslau	100 Thlr.	2 Mt.	99⅙ G.
Leipzig in Court. im 14-Thlr.F.	100 Thlr.	8 Tg.	99⅞ G.
do.	100 Thlr.	2 Mt.	99⅝ G.
Frankfurt a. M. südd. W.	100 Fl.	2 Mt.	56. 26 bez.
Petersburg	100 SR.	3 W.	108 bez.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.			Zf.	
Freiwill. Anleihe	5	106 bez.	Ostpr. Pfandbr.	3½	93 B.
St.-Schuld-Sch.	3½	86⅞ bez.	Pomm. Pfandbr.	3½	95½ bez.
Seeh. Präm.-Sch.	—	103½ G.	Kur- u. Nm. Pfbr.	3½	95½ G.
K. u. Nm. Schuldv.	3½		Schlesische do.	3½	95½ G.
Berl. Stadt-Oblig.	5	103½ B.	do. Lit. B. gar. do.	3½	
do. do.	3½		Pr. B.-Anth.-Sch.	—	94 à 93½ b.u.B.
Westpr. Pfandbr.	3½	90 B.	Friedrichsd'or	—	113½ bez.
Grossh. Posen do.	4	100½ G	And. Goldm. à 5 th.	—	112½ bez.
do. do. do.	3½	90½ bez.	Disconto	—	

Eisenbahn-Actien.

	Zf.			Zf.	
Berg.-Märkische	4	39½ bz.	Magdeb.-Wittenb.	4	58½ B.
do. Prior.	5	100½ bz. B.	Mecklenburger	4	32 G.
Berl.-Anh. A. B.	4	89⅞ a ½ bz.	Niederschl. Märk.	3½	83½ bez. u. B.
do. Prior.	4	95 G.	do. Prior.	4	94½ bez. u. G.
Berl.-Hamburger	4	78½a78 bz.	do. Prior.	5	104 G.
do. Prior.	4½	100½ bz.	do. 3. Serie	5	102½ bez. u. B.
do. 2. Em.	4½	97½ G.	N. Schl. M. Zwgb.	4	29 B.
Berl. Potsd. Mgdb.	4	64½ bz.	do. Prior.	4½	
do. Prior.	4	92½ G.	do. Prior.	5	
do. do.	5	101⅝ bz. G.	do. St. Prior.	5	
do. do. Lit. D.	5	99½ bz. G.	Oberschl. Litt. A.	3½	104 bez. u. B.
Berl.-Stettin	4	103 B.	do. Litt. B.	3½	102½ G. 103 B.
do. Prior.	5	104½ bz.	do. Prior.	4	
Bonn-Cölner	5		Prz.W. (St. Voh.)	4	30 B.
Breslau-Freiburg	4		do. Prior.	5	97 G.
Cöln-Minden	3½	94½ a ¼ bz. B.	do. II. Serie	5	80½ bez.
do. Prior.	4½	101½ bz. B.	Rheinische	4	41½ B.
do. do.	5	103½ G.	do. St.-Prior.	4	77 B.
Crac.-Oberschl.	4	66½ a ¼ bz.	do. Prior.	4	
do. Prior.	4	85 B.	do. v. Staat gar.	3½	
Dresden-Görlitz	4		Sächs.-Baier.	4	
Düsseld.-Elberf.	4	78 G.	Stargard-Posen	3½	82½ a ⅞ bz. u.B.
do. Prior	4	89 B.	Thüringer	4	65 bez.
Fr.-Wilh.-Nordb.	4	40½ a ¼ bz.	do. Prior.	4½	98½ bez. u. B.
do. Prior.	5	99½ bz.	Wilhelmsb. (Cosel-Oderberg)	4	67 G.
Kiel-Altona	4	93 B.	do. Prior.	5	
Magdeb.-Halberst.	4	142 B.	Zarskoje-Selo	[illegible]	78½ B.
Magdeb.-Leipz.	4	214 B.			
do. Prior.	4	99 G.			

Ausländische Fonds.

Russ.-Engl. Anl.	5	108⅞ B.	poln. P.-O. à 500fl.	4	80⅞ bez.
do. do. do.	4½	95⅞ B.	do. do. à 300fl.	—	122⅞ G.
do. 1. Anl. b. Hope	4		poln. Bank-C.L.A.	5	92⅞ bez.
do. 2–4. A. b. Stiegl.	4	91 b. V. 90⅞ G.	do. do. L.B.	—	17⅞ G.
do. poln. Schatz-O.	4	79⅞ bez. u. B.	Lübeck. St.-Anl.	4½	98⅞ B.
poln. Pfandbr. alte	4	95⅞ G.	Kurh. P. Sch. à 40th.	—	32⅞ G.
do. do. neue	4	95⅞ a ⅞ bez.	N. Bad. Anl. à 35Fl.	—	17⅞ B.

Mehrere Eisenbahn-Actien und Bankantheile wurden zu billigeren Coursen verkauft, während Fonds und Prioritäts-Actien sich fest behaupteten, zum Theil sogar höher bezahlt wurden.

Berliner Getreidebericht vom 11. April.

Weizen loco n. Qu.	48 — 52	pr. Mai/Juni	11½ B. ⅓ G.
Roggen do. do.	25 — 27	pr. Sept./Okt.	10⅞ B. G.
pr. Frühj. 82pf.	24½ bz. 25 B.	Lein-Oel loco	11⅞
pr. Mai/Juni	25½ B. 25 G.	pr. April/Mai	11½
pr. Juni/Juli	25½ B. ½ G.	Rappe	
Hafer loco n. Qu.	15—17	Rübsen	
pr. Frühjahr	15 G.	Spiritus loco o. F.	14 bz.
Gerste, große, loco	20 — 22	do. mit Faß	14
Erbsen, Kochwaare		pr. April/Mai	14 B. 13⅚ G.
Futterwaare		pr. Mai/Juni	14½ B. 14 G.
Rüb-Oel loco	11⅞	pr. Juni/Juli	14½ B. ½ G.
pr. April	11½ bz.	pr. Juli/August	15 B. 14⅚ G.
pr. April/Mai	11½ B. ⅓ G.		

Roggen bleibt fest und wieder ½ Thlr. höher. — Rüböl und Spiritus wie gestern.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 9. April. 5% Rente 89,60. 3% Rente 55,60.

London, den 9. April. Consols 95¾ a ⅞.

Amsterdam, den 9. April. Integr. 55⅞. Ardoins 10$\frac{11}{16}$. — Span. 3% 29$\frac{13}{16}$. Metall. 5% 76, dergl. 2½% 41. Stieglitz 85¾.

Hamburg, den 10. April. Berlin-Hamburg 78½. Köln-Minden 93¾. Magdeburg-Wittenberge 58. Nordbahn 40½.

Frankfurt a. M., den 10. April. Nordbahn 41. Metalliques 80. Metall. 4½% 70½. Span. 29½. Wien 102½.

(Tel. Corresp.-Bureau.)

Auswärtige Börsen.

Paris, den 8. April. Rente eröffnete steigend durch Käufe der Coulisse, doch erfolgten wegen der Ungewißheit der Wahl am 28. d. Mts. und der zweiten Lesung des Avignoner Eisenbahn-Projects zahlreiche Offerten des Parquets, welche die Course drückten. 3% Rente p. C. 55,50, p. ult. 55,65. 5% Rente 89,55. Bank-Actien 2150. Span. 3% 37½. — Nordbahn 420.

Hamburg, den 9. April. F.-C.-A. 86½, ¼. Freiwillige Anleihe 105 G. Russen 105 B., do. neue 4½% 91¼, ½. Stieglitz 85½ G. Dän. 70, 69¾. Ardoins 10½ B. Span. 3% 28½, 28. Berlin-Hamburg 78½ B. u. G. Magdeburg-Wittenberge 58½, 58. Köln-Minden 94, 93¾. Friedr.-Wilh.-Nordbahn 40½, 40. Kiel-Altona 92½, ⅞. Mecklenburger 31 G.

Eisenbahn-Actien zu steigenden Coursen begehrt und über Notiz bez., Fonds fest bei ziemlichem Umsatze.

Amsterdam, den 8. April. Integr. 55$\frac{11}{16}$. Arnheim —. Amsterdam-Rotterdam —. Ardoins 11⅛. Coupons 8⅞. Span. 3% 29⅛. — Portug. 26¼. Russen 104¼. Stieglitz 85¾. Metall. 5% 76¼, do. 2½% 40$\frac{15}{16}$. Merik. 27$\frac{9}{16}$. London 12,5 G. Hamburg 34⅞ G.

Integrale nach einigen Schwankungen bei lebhaftem Verkehr williger als gestern. Span. Effecten zu erhöhten Coursen sehr gefragt. Portug., Oestr. und Französ. etwas mehr angeboten. Russ. fest.

Wien, den 9. April. Met. 93⅛, 93, do. 4½% 81⅛, ¾, 2½% 48½, 49. Bankactien 1082, 1078. Loose von 1834 167¼, 166¾, do. von 1839 107, 106½. Nordbahn 108½, ⅜. Mailand 80¾, ½. — Gloggnitz 112½, 112. Pesth 87¼, 87. Amsterdam 163 G. Augsburg 117½ G. Frankfurt 117 G. Hamburg 173 B. London 11,50. Paris 139½ G. Gold 23. Silber 16¾.

Fonds und Actien beliebt und höher, schließen durch Gewinnrealisirungen etwas matter, Contanten und Wechsel eher niedriger.

Leipzig, den 10. April. Leipzig-Dresden E.-A. (ohne Dividende) 113¼, 112¾. Sächsisch-Baierische 86 G. Sächsisch-Schlesische 93½, 93. Chemnitz-Riesa 24½ B. Löbau-Zittau 25½ G. Magdeburg-Leipzig 214 B. Berlin-Anhalt 90½, 89¾. Crakau-Oberschlesische —. Köln-Minden 94½ G. Fr.-W.-Nordbahn 41 G. Altona-Kiel 93 B. — Anhalt-Dessauer Landesbank 125, 124½. Preuß. Bank-Antheile 94½ B. Oester. Banknoten 87, 86½.

Frankfurt a. M., den 9. April. Bank-Actien 1115, 1110. Metall. 79½, 79¼. 250-Fl.-Loose 82, 81½. 500-Fl.-Loose 142¼, 141¾. Preuß. Staatsschuld-Scheine 86½, 86. Köln-Minden 95, 94½. Span. 3% 30½, 30¼. Integr. 55¾, 55½. Verbach 80¾, 78½. — Sardin. Loose 33, 32¾. Poln. 300-Fl.-Loose 122 G., do. 500-Fl.-Loose 80¼, 80. Kurhess. 40-Rt.-Loose 32¼, 32. Fr.-W.-Nordbahn ohne Zinsen 42½, 41½. Badische 35-Fl.-Loose 31¼, 31. Taunusbahn-Actien 287, 286.

Bei ziemlich lebhaftem Verkehr zahlte man für 3% innere Schuld, für österreichische und die meisten übrigen Fondsgattungen höhere Preise als gestern.

Auswärtige Marktberichte.

Amsterdam, den 8. April. Weizen zu vorigen Preisen, 130 — 131 Pfd. bunt. poln. 280 a 286 Fl., 131 Pfd. do. 278 Fl., 128 Pfd. do. 275 Fl. 125 Pfd. neu. fries. 200 Fl., 129 Pfd. kubank. 242 Fl., 130 Pfd. neu. oberländ. 225 Fl. Roggen still, 120 Pfd. colon. 118 Fl., 118 Pfd. rhein. 118 Fl., 117 Pfd. getrockn. 124 Fl., 124 Pfd. neu. inländ. 127 Fl. Gerste wie früher mit wenig Handel, 105 Pfd. neu. fries. Winter- 108 Fl. an den Mühlen. Hafer etwas angenehmer, 88 Pfd. f. 83 Fl.

Kohlsaamen auf 9 Faß gleich 69 L., pr. April 71½ L., im Sept. 56½ L., im Oktbr. und Novbr. 57 L. Leinsaamen wie früher, 110 — 111 — 112 Pfd. petersb. 267½ a 270 Fl. Rüböl gleich und auf Liefer. flau doch später etwas besser, auf 6 Wochen 42 Fl., effect. 41 a ½ Fl., pr. Mai 41¼ a 41 a 41½ Fl., pr. Septbr. 34 a 33½ a 33¾ Fl., pr. Octbr. und pr. Novbr. 34¼ a 33¾ a 34 Fl., pr. December 34½ a 34 Fl. Leinöl nicht williger, auf 6 Wochen 32 Fl., effect. 31 Fl., pr. Mai 31 a 30¾ Fl., pr. Septbr. u. Octbr. 31½ Fl. Hanföl auf 6 Wochen 37½ Fl., effect. 36½ Fl. Rübkuchen 52 a 55 Fl. — Leinkuchen 6½ a 9½ Fl.

Magdeburg, den 10. April. Weizen 41 — 30 Rt. Roggen 25 a 26 Rt. Gerste 20 a 18 Rt. Hafer 14½ a 16½ Rt. Kartoffel-Spiritus loco 18½ a 19 Rt. pr. 14,400 % Tr.

Breslau, 10. April. Die Zufuhren von Getreide waren heute sehr mäßig, daher sich Preise behaupteten. Es galt weißer Weizen 33 — 51 Sgr., gelber Weizen 31 — 49 Sgr., exquisite Sorten 3 — 4 Sgr. höher, Roggen 21½ — 25½ Sgr., Gerste 18 — 21 Sgr., Hafer 15 — 17 Sgr., und Kocherbsen 24 — 27 Sgr. — Oelsaaten ohne Angebot. Kleesaat sehr matt bei sehr geringer Kauflust. Spiritus 5⅞ Rt. bez. Rüböl 13 Rt. B. Zink ohne Geschäft.

Stettin, 10. April. Weizen loco 45 a 52 Rt. B., auf Lieferung 46½ a 52 Rt. nach Qualität bez.

Roggen loco 25½ a 27½ Rt. gef., 24½ a 26½ Rt. nach Schwere bez., 25 Rt. schwimmend bez., pr. Frühj. 24½ Rt., zuletzt 25 Rt. für 82 Pfd., 25½ a 26 Rt. für 86 Pfd. bez., pr. Mai — Juni 86 Pfd. 26 a ½ Rt. bez., pr. Juni — Juli 82 Pfd. 26 Rt., zuletzt 26½ Rt., 86 Pfd. 26¾ Rt., zuletzt 26 Rt. bez., pr. Septbr. — Oct. 82 Pfd. 27 Rt. bez. — Gerste 18 a 23 Rt. gef., loco 21½ Rt. bezahlt, auf Lief. für 75 — 76 Pfd. schlesische 21½ Rt. bez.

Spiritus aus erster Hand zur Stelle und aus zweiter Hand ohne Faß 25½ % gef., mit Fässern 26¾ % bez., pr. Juni — Juli 25 % bez., pr. Juli — August 24½ % bez., pr. Aug. 24 % bez.

Thimotheesaamen 10 Rt. gef., 9 Rt. auf kurze Liefer. bez. Rappkuchen 1$\frac{1}{12}$ Rt. bez., 1 Rt. gefordert.

Zink 4½ Rt. loco bez.

Inhalts-Anzeiger.

Verantwortlicher Redacteur: Wagener.

Selbstverlag der Redaction.

Druck von C. G. Brandis in Berlin, Dessauer Straße № 5.